



Protokoll

der 29. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 18. September 2024, um 20:00 Uhr

Vorsitz: *Beat Flury, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: **Gabriel Nigon (LDP), Salome Bessenich (SP), Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP),**

Verhandlungsgegenstände:

29.	Motion 2 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Erarbeitung einer kantonalen Strategie gegen Rassismus mit Massnahmenplan.....	2
30.	Motion 3 Franziska Roth und Jenny Schweizer betreffend finanzielle Stärkung der Spielgruppen	4
31.	Motion 4 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Vertretung in Arbeitsstreitigkeiten	6
32.	Motion 5 Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Vertretung in Mietstreitigkeiten	10
33.	Motion 6 Béla Bartha und Konsorten betreffend Barrierenabbau auf Biotopverbundsachsen	11
34.	Motion 7 Catherine Alioth und Konsorten betreffend einem adäquaten ÖV im Bereich der Hardstrasse während des Ausfalls des 14er Trams	14
35.	Motion 8 Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Tramverkehr durch die Innenstadt jetzt beschleunigen.....	16
36.	Motion 9 der Geschäftsprüfungskommission betreffend zentrale Verantwortlichkeit in der kantonalen Informatik	20
37.	Motion 10 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Notlage im Asylwesen ausrufen	21
38.	Motion 11 Joël Thüring und Konsorten betreffend keine Asylunterkünfte mehr in Wohnquartieren	25
39.	Motion 12 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Neues Steuerpaket- Kaufkraft bei der Bevölkerung statt Überschüsse beim Kanton.....	29
40.	Motion 13 Luca Urgese und Konsorten betreffend Einführung eines jährlichen Grossratsbeschlusses über den kantonalen Einkommenssteuerfuss.....	34



Beginn der 29. Sitzung

Mittwoch, 18. September 2024, 20:00 Uhr

29. Motion 2 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Erarbeitung einer kantonalen Strategie gegen Rassismus mit Massnahmenplan

[18.09.24 20:00:28, 24.5205.01]

Amina Trevisan (SP): Rassismus ist im Alltag von Migrierten, Geflüchteten und People of Colour allgegenwärtig. Rassismus ist ein Angriff auf Menschenwürde, um Menschenrechte eines Individuums. Abwertung, Benachteiligung und Ausgrenzung aufgrund der ethnischen Herkunft, Hautfarbe, Nationalität oder Religion sind emotional belastende biografische Erfahrungen, die Menschen in ihrem alltäglichen Leben in der Schweiz wiederkehrend begleiten. Rassismus ist kein Einzelfall. Gemäss den Zahlen der Fachstelle für Rassismusbekämpfung des Bundes gaben im Jahr 2022 17 Prozent der Wohnbevölkerung in der Schweiz an, von rassistischen Anfeindungen und rassistischer Diskriminierung betroffen zu sein. Beinahe jede 6. in der Schweiz lebende Person erfährt im öffentlichen Raum, im Arbeitsalltag, bei der Wohnungssuche oder in der Schule Rassismus, wobei von einer hohen Dunkelziffer auszugehen ist.

Das Thema Rassismus hat auch für mich ist eine biografische Bedeutung und wir haben heute bereits gehört, dass gewisse Menschen sich hier nicht vorstellen können, was Rassismus bedeutet. Dem werde ich jetzt ein bisschen nachhelfen. Als Tochter einer migrantischen Familie aus der Arbeiter:innenschicht muss ich mich schon als Kind mit rassistischen Anfeindungen, Ausgrenzung und Diskriminierung auseinandersetzen. Ich wurde als Mensch zweiter Klasse degradiert. Ich kam oft weinend nach Hause von der Schule. Als Migrantinnenkind wurde mir das Gefühl vermittelt, nicht gleichwertig wie meine Schulkolleg:innen zu sein. Das Gefühl, nicht wertvoll zu sein, hatte ich verinnerlicht. Ich fühle mich Minder Wertung. Die erfahrene gesellschaftliche Ablehnung habe ich zudem in Selbstablehnung umgewandelt. Das war sehr schmerzhaft. Das hat mich in meinem Selbstbild geprägt. Ich musste viel innere Arbeit leisten, um mein Selbstwertgefühl zu stärken. Dank meines Soziologiestudiums konnte ich mein Leid nicht nur in einem individuellen, sondern auch in einem gesellschaftlichen Kontext verordnen. Als 21-jährige Studentin, und hier kommt das zweite Beispiel, machte ich während der Basler Fasnacht als Serviceangestellte in einem Restaurant in Kleinbasel eine menschenverachtende Erfahrung, die ich nicht mehr vergessen werde. Ein Mann betrat das Restaurant und rief laut hinein «Alle Ausländer raus, die Müllabfuhr kommt.» Ich erstarrte. Heute wird der Begriff freezing genannt, um meine damalige körperliche Reaktion zu beschreiben. Ein Mann stand damals solidarisch auf und fragte ihn, ob er das lustig fände. Rassismus macht weh.

Ja geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Rassismus verletzt nicht nur die Würde deines Individuums, sondern auch die Seele. In meiner soziologischen Doktorarbeit über Depressionen im Kontext der Migrations forschte ich über das psychische und soziale Leiden in unserer Gesellschaft. Ich interessierte mich unter anderem für die strukturellen Ursachen der Leidenserfahrungen von Menschen mit Migrationsgeschichte und People of Colour. Ein zentrales Ergebnis dieser Arbeit ist, dass das Erleben subjektiv wahrgenommen Rassismus nicht nur eine schmerzhaft persönliche Erfahrung bedeutet, sondern auch das Leiden an der Gesellschaft dokumentiert.

Rassismus stellt kein Ausnahmephänomen dar, sondern ist beständiger Teil des Alltagslebens von Migrierten, Geflüchteten, People of Colour. Dazu kommen sexualisierte und exotisierende Fremdzuschreibungen Rassismus geht mit dem Gefühl der Demütigung, Erniedrigung und Beschämung einher. Das Gefühl, als Mensch diskreditiert, abgelehnt und verschämt zu werden, prägt die Selbstwahrnehmung negativ.

Rassismus, so postuliere ich, darf als Risikofaktor für die psychische Gesundheit nicht ausgeblendet oder unterschätzt werden. Es gilt nun, durch eine klare Haltung Rassismus im Kanton Basel-Stadt zu bekämpfen. Antisemitismus und Rassismus dürfen in jeder Ausprägung, und das in einer sozialen und demokratischen Gesellschaft, keinen Platz haben. Es ist inakzeptabel, dass die rassistische und antisemitische Ideologie, die sich bei manchen Menschen gar in Form von Gewalt äussert, schon so lange in unserer Gesellschaft fortbesteht und sich noch weiter ausbreiten kann. Darüber hinaus fördert die rassistische und migrationsfeindliche Rhetorik die Spaltung der Gesellschaft und begünstigt Intoleranz und rassistische Diskriminierung.

Die SP-Fraktion wird diese Motion überweisen und ich bitte Sie, dasselbe zu tun.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an die Motionärin Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GAB): Ich freue mich sehr über die grosse und parteiübergreifende Unterstützung meiner Motion und damit über die Anerkennung des Handlungsbedarfs in der Bekämpfung von Rassismus. Ich bedanke mich insbesondere bei meinen Vorrednerinnen und besonders auch bei Amina Trevisan für das persönlich gefärbte Votum.

Rassismus ist ein Problem, das in der Schweiz nur zögerlich anerkannt und entsprechend noch zu wenig konsequent bekämpft wird. Amina Trevisan hat vorhin die Zahlen von der Fachstelle für Rassismusbekämpfung des Bundes genannt. Es ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Die Formen der rassistischen Diskriminierung sind vielfältig. Sie können aufgrund der Nationalität, der Hautfarbe, der Religion oder der ethnischen Herkunft erfolgen und sie erfolgen im öffentlichen Raum, im Arbeitsalltag, bei der Wohnungssuche oder in der Schule, wobei insbesondere die Vorfälle rassistischer Diskriminierungen in den Schulen besorgniserregend sind und eine grosse Auswirkung auf die Kinder und heranwachsenden Jugendlichen haben. Auch das wurde vorhin angesprochen.

Hinzu kommt, dass seit den Angriffen der Hamas in Israel und dem Ausbruch des Krieges in Nahost, insbesondere auch antisemitische Vorfälle in der Schweiz zugenommen haben, was besorgniserregend ist, und es haben nicht nur antisemitische Vorfälle, sondern auch antimuslimische Vorfälle stattgefunden, auch hier in Basel. Aufgrund dessen ist es wichtig, dass wir Rassismus aus einer übergeordneten Perspektive betrachten und dass wir die bestehenden Massnahmen, die auch Pascal Messerli schon angesprochen hat und die er auch in seinem Anzug gegen Antisemitismus fordert, in einer übergeordneten gesamtheitlichen kantonaler Strategie zusammenfassen. Es geht aber dabei nicht darum, einen neuen Staatsapparat aufzubauen, wie Pascal Messerli das gesagt hat, sondern es geht darum, Synergien zu nutzen, und das, was bereits besteht mit dem, was es noch braucht, zusammenzuführen.

Die Motion steht dabei auch in einem Kontext mit den nationalen Entwicklungen. Der Nationalrat hat 2024 einer Motion zugestimmt, die einen Aktionsplan gegen Rassismus und Antisemitismus auf Bundesebene fordert, die gemeinsam mit den Kantonen ausgearbeitet wird, und die vorliegende Motion möchte hier quasi ergänzend dazu bereits den Prozess in Basel-Stadt anstossen, um eine Kohärenz herzustellen mit der Bundesebene. Das heisst, die eine Forderung ist diese übergeordnete Strategie gegen Rassismus und das andere ist damit zusammenhängend ein departementsübergreifender Massnahmenplan, wo eben einerseits die Massnahmen, die bereits bestehen, aufgenommen werden und durch zusätzliche Massnahmen in den Bereichen, wo noch zu wenig gemacht wird, ergänzt werden.

Die Handlungsfelder, die die Motion beschreibt, sind nicht abschliessend, das ist eine erste Aufzählung. Besonders wichtig ist die Prävention und Sensibilisierungsangebote, vor allem in den Schulen, aber auch in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wichtig ist die Unterstützung von Angeboten von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die in diesen Bereichen tätig sind, weil sie auch der Vielfalt von rassistischer Diskriminierung gerecht werden. Besonders wichtig, auch gerade in der aktuellen Situation, scheint mir eine verstärkte Förderung des bereits bestehenden interreligiösen und interkulturellen Dialogs. Wir haben hier massiven Handlungsbedarf angesichts der Konflikte, die wieder ausgebrochen sind im Nahostgebiet, einem jahrzehntelangen Konflikt, der im Moment eine besondere Aktualität hat.

Dann ist mir auch wichtig, dass psychosoziale Beratungsangebote ausgebaut werden. Das haben wir auch gehört, Rassismus macht krank und wir haben als Kanton auch die Aufgabe, die Gesundheit unserer Bevölkerung zu stärken. Letztlich wird es auch darum gehen, Mehrfachdiskriminierungen im Zusammenhang mit Sexismus oder zum Beispiel Armut zu berücksichtigen.

Dies alles wird nicht ganz gratis sein. Wir werden auch schauen müssen, welche zusätzlichen Ressourcen allenfalls für die Fachstelle Integration und Antirassismus bereitgestellt werden müssen, um diese Strategie auszuarbeiten und die Massnahmen zu koordinieren. Ich danke Ihnen sehr für die Unterstützung meiner Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das wurde bestritten von Pascal Messerli. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

80 Ja, 13 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004408, 18.09.24 20:11:39]



Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 80 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

30. Motion 3 Franziska Roth und Jenny Schweizer betreffend finanzielle Stärkung der Spielgruppen

[18.09.24 20:11:54, 24.5206.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Als erste Sprecherin hat sich gemeldet Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Der Regierungsrat möchte die Motion bedauerlicherweise nicht entgegennehmen. Ich bitte Sie, diese jedoch an die Regierung zu überweisen. Bei der Beratung der Kitainitiative, die in der BKK intensivst geführt wurde und bei der Beratung der Änderung des Kinder- und Jugendgesetzes im Zusammenhang mit der Umsetzung der Motion Patricia von Falkenstein, haben sich für uns bei der Handhabung der Elternbeiträge für Kinder mit und ohne Deutschförderung in den Spielgruppen Ungereimtheiten gezeigt, die leider im Zuge des Gegenvorschlages zwar erkannt, aber nicht als so wichtig erachtet wurden, dass hier ebenfalls nötige Anpassungen vorgenommen wurden.

Vor diesem Hintergrund soll diese Lücke nun mit der Motion Roth und Schweizer geschlossen werden, so dass zusammenfassend wirklich gesagt werden kann, dass die erkannten Baustellen angegangen wurden und für jede einzelne eine Lösung gefunden werden konnte.

Was wir nicht wollen, ist, dass eine wichtige Gruppe, und das sind die Spielgruppen mit ihrer grossen Deutschförderungsverantwortung, bewusst übergangen werden, obwohl sie ihre Probleme und Frustrationen sehr wohl zum Ausdruck brachten. Franziska Roth und ich haben einige anschliessende Gespräche mit den Vertreter:innen geführt und diese konnten nochmals kompetent und überzeugend aufzeigen, dass sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben, die sie nota bene vom ED erhalten, mehr Geld brauchen, weil ihre finanzielle Situation prekär ist.

Die Problematik ist, dass die Spielgruppen für die frühe Deutschförderung zuständig sind. Kinder mit Deutschförderungsbedarf müssen an drei Halbtagen eine entsprechende Spielgruppe besuchen. Diese Besuche sind für diese Kinder kostenlos. Damit aber die Deutschförderung überhaupt gelingt, braucht es auch die Kinder ohne Förderungsbedarf, damit spielerisch die Sprache erlernt und verstanden werden kann. Diese Kinder ohne Förderungsbedarf erhalten jedoch keine finanzielle Unterstützung vom Kanton.

Nun was geschieht jetzt in den Spielgruppen, wenn sie zu wenig Geld haben? Entweder nehmen sie mehr Kinder mit Deutschförderung auf, da sie vom Kanton entschädigt werden. oder sie verlangen von Kindern ohne Förderungsbedarf mehr Geld. Das hat zur Folge, dass das Gleichgewicht zwischen Kindern mit und ohne Deutschförderung so empfindlich gestört wird, dass die Deutschförderung nicht mehr gelingen kann. Damit aber diese gelingt in den Spielgruppen, braucht es ganz klar eine gute Durchmischung, denn nur so lernen die Kinder ohne guten Deutschkenntnis spielerisch unsere Sprache.

Erschwerend kommt natürlich auch hinzu, dass durch die Initiative die Anreize, die Kinder in Kitas anzumelden, so attraktiv sind, dass den Spielgruppen allgemein die Kinder abhanden kommen. Die Deutschförderung ist für den Einstieg in den Kindergarten enorm wichtig und deshalb ist auch die Verantwortung der Spielgruppen sehr hoch zu gewichten. Wird die Motion heute nicht überwiesen, wird ein essentielles Puzzlestück in unserem Erziehungssystem definitiv wegfallen. Umso unbegreiflicher ist es, dass die Regierung dies zwar weiss, aber dennoch nicht berücksichtigen will. Wir sind überzeugt, dass auch aus finanzieller Sicht, der dann errechnete Betrag in Relation zu den hohen Kosten des Gegenvorschlages der Kita-Initiative vernachlässigbar sein wird und dies nicht als Argument dienen kann.

Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und dass Sie die Motion an die Regierung überweisen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Silvia Schweizer.

Silvia Schweizer-Reber (FDP): Im Dezember 2023 hat der Grosse Rat eine Gesetzesänderung im Rahmen des Tagesbetreuungsgesetzes beschlossen, dass Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen neu drei statt zwei Halbtage eine Spielgruppe verpflichtend besuchen müssen. Das ist gut so.

16 Franken 30 bezahlt der Kanton oder die Gemeinden den Deutschförderspielgruppen pro Stunde und Kind mit Deutschverpflichtung, Eltern von Kindern ohne Deutschförderbedarf zahlen zwischen 8 und 12 Franken pro Stunde. Sie erhalten im Rahmen der Prämienverbilligung finanzielle Unterstützung vom Kanton. Seit rund einem Monat ist diese Gesetzesänderung nun in Kraft und ohne die ersten Auswirkungen der Gesetzesänderung in Bezug auf Deutschförderung und Kosten abzuwarten, wird mit dieser Motion zusätzlich ein kantonaler Elternbeitrag für alle Kinder, welche eine Spielgruppe auch freiwillig besuchen, gefordert. Also eine neue Subvention nun für alle Spielgruppenkinder.

Gleichzeitig liegen die ersten Zahlen des revidierten Tagesbetreuungsgesetzes seit wenigen Tagen vor. Die Mehrkosten im Bereich Tagesbetreuung gehen zumindest in Riehen weit über die im Ratschlag prognostizierten Kosten hinaus. Die FDP-Fraktion erwartet, dass die beschlossenen Massnahmen zuerst evaluiert werden, bevor eine weitere Gesetzesänderung mittels diese Motion gefordert wird.

Wir bitten Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Nicole Kuster-Simon.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Frühe Förderung erhöht die Bildungschancen und kann die Chance auf ein eigenverantwortliches Leben stärken. Frühe Förderung ist ein liberales Anliegen und wird seit jeher von der LDP unterstützt.

Die vorliegende Fragestellung hängt mit der Fördermassnahme der obligatorischen frühen Deutschförderung in Spielgruppen zusammen. Wie Jenny Schweizer richtig ausgeführt hat, ab August dieses Jahres ist dies erhöht worden auf drei Halbtage, aber es findet schon seit einem Jahr auf freiwilliger Basis statt und fast alle Spielgruppen haben mitgemacht. Also wir haben schon ein Jahr Erfahrungssätze, die wir auswerten können.

Die Motionärinnen legen dar, dass das System für alle Erziehungsberechtigten gleichermassen gerecht und finanziell attraktiv tragbar sein soll. Damit könne eine gute Durchmischung von deutsch- und fremdsprachigen Kindern erreicht werden, was für das Gelingen der frühen Deutschförderung essentiell ist. Mit den Verbesserungen bei den Kitas ist die Gesamtsituation für die Spielgruppen zudem schwieriger geworden. Damit weiterhin Kinder die Spielgruppen besuchen, welche eben gerade nicht dem Obligatorium unterstehen, braucht es die geforderten Veränderungen.

Die LDP ist als Initiantin der frühen Deutschförderung für das Anliegen der Motionärinnen. Besten Dank, dass Sie das auch tun und die Motion überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an die Motionärin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Eigentlich wurde von Jenny Schweizer und Nicole Kuster schon alles gesagt. Ich möchte einfach noch einmal erwähnen, die Spielgruppen sind ein wichtiger Teil in der Frühförderung bei uns im Kanton Basel-Stadt. Unser Kanton ist auch sehr stolz darüber, was wir hier im Bereich der Deutschförderung erreicht haben und weiterhin erreichen werden. Wir haben bereits jetzt, obwohl die Gesetzesanpassung im Kinder- und Jugendgesetz und nicht im Tagesbetreuungsgesetz erst jetzt greifen, wissen wir, dass die Spielgruppen unter der finanziellen leiden, schon länger. Ich finde tatsächlich, dass wir jetzt die Signale ernst nehmen müssen und das Gesetz so anpassen müssen, dass wir Kinder in den Spielgruppen haben, die gut Deutsch können, weil sonst das ganze System an die Wand gefahren würde. Das können wir uns nicht leisten, wir bauen auf der frühen Deutschförderung.

Ich bin dankbar, dass gemäss Kreuztabelle die meisten Fraktionen die Überweisung unterstützen werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 7 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004410, 18.09.24 20:22:11]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 85 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

31. Motion 4 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Vertretung in Arbeitsstreitigkeiten

[18.09.24 20:22:23, 24.5208.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir kommen zu den Einzelvoten, Bruno Lötscher hat sich zuerst eingetragen.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich möchte mich kurz fassen. Ich beantrage, dass diese Motion überwiesen wird und dass der Regierungsrat hierzu bald Stellung nehmen soll. Es geht darum, ein Versehen zu korrigieren. Das ist etwas, das wir in Basel seit eh und je gekannt haben, dass in arbeitsrechtlichen Streitigkeiten auch qualifizierte Vertreterinnen und Vertreter die Parteien am Gericht vertreten durften, die nicht als Anwalt tätig waren. Die alte Zivilprozessordnung von 1875 hat das möglich gemacht, bis 2011 haben wir das so praktiziert. Dann kam die eidgenössische ZPO, die das auch möglich gemacht hätte unter dem Vorbehalt, dass der Kanton entsprechend legiferiert. Das ist damals einfach vergessen gegangen, aber wir haben das am Zivilgericht tatsächlich einfach so weitergelebt. Und wir haben weiterhin dieselbe Erfahrung gemacht, dass es hervorragend ist, wenn Vertreter:innen der Gewerkschaft und der Arbeitgeberverbände kommen in diesen Fällen. Das ist für alle nützlich und dienlich.

Irgendwann hat das Bundesgericht gemerkt, dass wir eine nicht ordnungsgemässe Vertretung gehabt hatten und das Appellationsgericht musste einen Entscheid entsprechend aufheben. Seither, das ist noch nicht so lange her, seit etwa anderthalb Jahren, darf jetzt am Zivilgericht diese eigentlich sehr bewährte Situation nicht mehr gelebt werden. Es geht also nicht darum, dass Anwälten irgendetwas weggenommen würde, das sie bis jetzt immer gehabt haben, sondern wir würden einen Zustand wiederherstellen, den wir gekannt haben in Basel, den auch andere Kantone haben und es gibt eigentlich keinen Grund, auf dieses bewährte Modell zu verzichten, nur weil es damals im 2011 vergessen wurde, bei der Einführung der ZPO ins kantonale Recht entsprechend anzuwenden. Wir beantragen also, dass diese Motion überwiesen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Es ist äusserst selten, dass das Parlament mit einem Anliegen konfrontiert wird, das verschiedene Interessenvertretungen in gleicher Weise betrifft, hier Arbeitgeber:innen und Vermieter:innen, da Arbeitnehmer:innen und Mieter:innen. Die zwei Motionen sind praktisch deckungsgleich, deshalb werde ich über beide reden.



Was Jahre lang eine gängige Praxis war, wurde plötzlich im Sommer 2023 aufgrund von Entscheiden einerseits seitens des Zivilgerichts im Arbeitsbereich und seitens der Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten im Mietbereich nicht mehr möglich. Mitarbeiter:innen von Gewerkschaften oder von Arbeitgeber:innenverbänden, Mitarbeiter:innen des Hauseigentümer:innenverbands und des Mieter:innenverbands konnten plötzlich ihre Mitglieder nicht mehr vor der jeweiligen Schlichtungsbehörden und im Fall von von Arbeitsstreitigkeiten vor dem Arbeitsgericht vertreten. Es fehle die rechtliche Grundlage. Es ist ein Versehen, wie wir eben auch gehört haben.

Diese ähnlich lautenden Motionen verlangen also nichts Neues. Sie verlangen ganz einfach, dass die langjährige Praxis, die sich bewährt hatte, weitergeführt wird und dafür die rechtliche Grundlage geschaffen wird. Es wird niemandem etwas weggenommen. Es muss wieder möglich sein, dass im Falle von Streitigkeiten im Arbeitsbereich bis zum Arbeitsgericht und Mietbereich vor der Schlichtungsstelle und bis zu einer Streitsumme in Höhe von 30'000 Franken in beiden Bereichen kein Anwalt oder keine Anwältin beigezogen werden muss, sondern dass man von Verbandsmitarbeiter:innen vertreten werden kann.

Letztlich wollen viele Ratsuchende nicht immer mit einem Anwalt und mit einer Anwältin zur Schlichtungsstelle oder zum Arbeitsgericht gehen, oft aus Kostengründen oder auch, weil die Mitglieder Vertrauen in ihren jeweiligen Verband haben. Anschliessend können wir sagen, dass wir die Interessen dieser Menschen berücksichtigen wollen, die sich nicht für eine anwaltliche Vertretung entscheiden wollen oder sich diese nicht leisten können, aber trotzdem eine professionelle Hilfe brauchen.

Ich wiederhole zum Schluss: Das, was früher problemlos und für alle Seiten unkompliziert möglich war, soll durch die Schaffung einer rechtlichen Grundlage wieder möglich werden. Ich bitte Sie deshalb, beide Motionen zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist André Auderset.

André Auderset (LDP): Ich mache es meiner Vorrednerin gleich und spreche gleich zu beiden Motionen. Sie verfolgen ja ein ähnliches Anliegen, nur in zwei verschiedenen Tätigkeitsbereichen. Damit endet aber auch die Gleichbehandlung dieser beiden Vorstösse.

Die LDP ist dagegen, diese beiden Motionen zu überweisen. Dies vor allem deshalb, weil, sei es aus Versehen oder auch aus einer bewussten Lücke, darauf verzichtet wurde, kantonal zu legislieren und diese Praxis weiterzuführen. Seit gut einem Jahr haben wir das nicht mehr, was vor allem den Mieterverband sehr gestört hat.

Nun soll also auf diesem Weg das wieder eingeführt werden und das ausgerechnet in zwei Rechtsgebieten, in denen eigentlich gerade der Akzent darauf liegt, zu einer einigen Lösung oder zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen, nicht die Sache juristisch gross zu komplizieren, ich sage das als Jurist, sondern möglichst zu einer Einigung unter Gleichgesinnten zu kommen. Und das klappt ja auch in sehr vielen Fällen. Die Schlichtungsstellen machen hier eine sehr gute Arbeit und dadurch werden viele Gerichtsfälle verhindert. Die Hürden sollen nun also wieder gesenkt werden, man soll also die Möglichkeit vor Gericht zu gehen dann doch noch etwas vereinfachen, indem man dann auch noch die Verbandsvertreter als Vertreter nehmen kann.

Ich finde, die Aufgaben sind unterschiedlich. Die Verbände sollen ihre Mitglieder beraten, sollen ihnen sagen, ob es einen Wert hat, überhaupt vor Gericht zu gehen und wie sie das am besten machen sollen. Aber vor Gericht sollen sie eben nicht auftreten, und das gilt sowohl für den Mieterbereich wie auch für den Arbeitgeberbereich. Es ist im übrigen nicht so, dass alle Verbände wollen, dass das so ist. Der Arbeitgeberverband zum Beispiel empfiehlt die Motion von Beda Baumgartner zur Ablehnung resp. Nichtüberweisung, und er sagt einfach bei Mietrecht sei er nicht zuständig, deshalb gibt er hier keine Empfehlung ab.

Ich bitte Sie also, hier der mittlerweile seit einem Jahr eigentlich klaglos laufenden neuen Vorgehensweise zuzustimmen und darauf zu verzichten, wieder erneut die Hürden zu senken und bitte Sie, die Motionen 4 und 5 nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage an? Sie wird abgelehnt. Wir kommen zur nächsten Einzelsprecherin, zu Christine Keller.

Christine Keller (SP): Auch als Einzelsprecherin fühle ich mich durchaus ermächtigt, im Namen der Fraktion darum zu bitten, diese Motion zu überweisen.

Es wurde von Bruno Lötscher, der ja nun wirklich wie kaum jemand das Zivilgericht und auch das Mietgericht kennt, gesagt, dass diese Praxis bis vor sehr kurzer Zeit bewährt hat, dass eben die Parteien sich auch von einem Verbandsvertreter



begleiten lassen dürfen. Ich persönlich kenne die Situation der Schlichtung, also genau die, die vorhin von André Auderset angesprochen wurde. Ich war viele Jahre Schlichterin am Zivilgericht und auch in diesen Verfahren ist es eben sehr wertvoll, auch psychologisch für die Parteien, wenn sie eine Vertrauensperson und erst recht eine sachkundige Vertrauenspersonen bei sich haben dürfen, insbesondere dann, wenn vielleicht die Gegenseite, im Fall der Arbeitnehmer und Arbeitgeber halt typischerweise die finanziell stärkere Gegenseite, vertreten ist, vielleicht eben durch einen Anwalt mit allenfalls entsprechendem Kostenrisiko mitnimmt, dass die in der Regel schwächere Partei auch jemanden mitnehmen darf. Das hat sich nicht nur für die Parteien selbst, sondern auch in meiner Erfahrung für den Erfolg einer Schlichtung als sehr wertvoll erwiesen. Man verhandelt zwar dann durchaus in erster Linie mit den Parteien selbst, aber es ist gut, wenn sich die Parteien verstärkt fühlen und immer wieder auch vergewissern können durch Vertrauenspersonen, die eben nicht zwingend Anwältinnen und Anwälte sein müssen und sollen, ob das, dem sie am Ende zustimmen, vielleicht einem Verzicht oder teilweisen Verzicht ihrer Forderung, wirklich gut ist.

Ich glaube, es war wohl ein Versehen, man hat nicht daran gedacht und deshalb soll man doch das jetzt korrigieren und diese Motion wie auch die nachfolgende Schwestermotion betreffend Mietsachen doch gerne überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Mein Unterfangen ist hoffnungslos gemäss Kreuztabelle. Trotzdem möchte ich begründen, warum ich und die SVP-Fraktion gegen diese Motion sind. Selbstverständlich mache ich mir nicht an, einem langjährigen ehemaligen Gerichtspräsidenten des Zivilgerichts zu widersprechen, aber Erfahrung ist bekanntlich subjektiv, und ich war auch 12 Jahre Richter am Zivilgericht und habe da auch ein bisschen Erfahrung sammeln dürfen. Ich war das eine oder andere Mal in verschiedenen Kantonen auch schon selbst Partei in Arbeitsstreitigkeiten, und auch hier durfte ich Erfahrung sammeln. Die Erfahrung ist, dass Juristen, die untereinander ein Problem lösen, eine grössere Nüchternheit haben und eine grössere berufliche Distanz haben zur Frage, die aufgeworfen wird. Verbände sind eher angehalten, Potemkinsche Dörfer für Mitglieder aufzubauen, und auch die Berufsehre ist eine andere eines Verbandsvertreters als eines Juristen.

Wir befürchten also, dass, wenn diese Motion durchkommt, es schwieriger wird in Fällen, eine gemeinsame Lösung zu finden, vielleicht sogar eine Lösung zu finden, bevor es vor Gericht kommt. Anwälte können ja durchaus untereinander hin und wieder telefonieren und E-Mails schreiben. Wir befürchten auch, dass der Appetit, rascher einen Rechtsstreit vom Zaun zu reissen, zunehmen wird, weil es einfacher wird.

Aus diesen Gründen sagen wir Nein zu diese Motion und es freut mich, wenn das der eine oder andere hier im Saal auch tut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Luca Urgese annehmen? Sie wird angenommen.

Luca Urgese (FDP): Sie sagen, Juristen hätten eine grössere Distanz. Ist Ihnen bewusst, dass die meisten Menschen, die als Verbandsvertreter Personen vor Gericht begleiten, ebenfalls Juristen sind?

Lorenz Amiet (SVP): Dann formuliere ich neu: Advokaten, die ihr Geld damit verdienen, Rechtsstreitigkeiten zu gewinnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich kann es relativ kurz machen. Der Regierungsrat bekämpft diese Motion nicht inhaltlich, nicht materiell, und darum folgt jetzt auch kein inhaltliches Statement. Der Regierungsrat ist an und für sich bereit, dieses Motionsanliegen zu erfüllen, nur erachtet er die Frist, die gesetzt wird – ein halbes Jahr für eine Gesetzesrevision – als schlicht nicht realistisch. Sie alle kennen die Prüfungen, die eine Gesetzesrevision durchlaufen muss, alle die Stempel, die wir kennen, und deshalb ist es eigentlich mehr eine formelle Ablehnung innert dieser Frist ohne ein inhaltliches Statement. Zur Schwestermotion, wie Sie das genannt haben, Patrizia Bernasconi, möchte ich nachher noch separat reden, denn ich denke, es ist nicht eine eigentliche Schwester, da gibt es einen anderen Argumentationsstand.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein zweites Votum hat sich Bruno Lötscher gemeldet.



Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich möchte nur zwei Sätze sagen zum Thema, dass die Anwälte vielleicht mehr Distanz haben und dann mehr Einigungen möglich sind. In Basel-Stadt haben wir schweizweit mit dem alten System sowohl am Arbeitsgericht als auch am Mietgericht bei den Schlichtungsstellen mit Abstand die höchste Schlichtungsrate gehabt mit dem bisherigen System. Also Ihre Befürchtung, dass da dann plötzlich die Streitwut ausbricht, stimmt überhaupt nicht. Die Erfahrung zeigt das Gegenteil, es zeigen alle Zahlen, dass Basel erstaunlich gut war in der Schlichtung, sowohl in der Mietschlichtung als auch in den arbeitsrechtlichen Schlichtungen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit geht das Wort an den Motionär Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Ich glaube, inhaltlich wurden die allermeisten Pro-Positionen für diese Motion sehr gut vertreten. Ich würde einfach gerne zwei Dinge noch richtigstellen oder einfach allen klarmachen. Nachdem das Einführungsgesetz der ZPO im Kanton Basel-Stadt 2011 Realität geworden war, ist diese Praxis zwölf Jahre lang weitergeführt worden. Jetzt kann man bemängeln, dass diese Praxis damals weitergeführt wurde, also an die Kolleginnen und Kollegen der SVP und der LDP: Diese Praxis war bis 2023 funktionsfähig und es gab keinerlei grossen Diskussion darüber. Sie ist auch in den Kantonen Zürich und Aargau totale Normalität. Sie funktioniert gut. Es gibt in der Praxis keinen grossen Widerstand.

Ich muss ein bisschen schmunzeln angesichts der Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes. Ich frage mich, wer hier vertreten wird vom Arbeitgeberverband. Es gibt natürlich gewisse Interessen, dass nur noch Advokatinnen und Advokaten diese Vertretungen wahrnehmen sollen. Aber ich glaube, hier können wir gut auch sagen, dass wir diesen Menschen, die sich am Ende in dieser Situation vor Gericht wiederfinden, die Möglichkeit geben, dass sie sich von dieser Person vertreten lassen, die ihnen am meisten hilft und am meisten Vertrauen gibt.

Und noch ganz kurz etwas zur Argumentation des Regierungsrates: Wenn wirklich inhaltlich keine Differenz besteht und die Frist des Problem ist, verstehe ich schon nicht, warum eine erste Überweisung der Motion grundsätzlich unmöglich sein soll. In diesem Sinne möchte ich Ihnen auch beliebt machen, die zweite Motion, die wir nachher nach diskutieren werden und die für mich klar die Schwestermotion ist, dann auch zu überweisen.

Es sind sinnvolle Motionen, die sowohl von Arbeitgeber- wie auch von Arbeitnehmendenseite unterstützt werden, wie auch von Hauseigentümerseite und von Mieter:innenseite. Wenn wir schon einmal in diesem Saal in so einem Themenfeld auf beiden Seiten Unterstützung haben, würde es sich auch lohnen, dass wir solche Anliegen überweisen, denn sonst finden wir uns in diesen Themenfeldern sehr schnell wieder in den grundlegenden Diskussionen, wo die Kontra-Positionen dann nicht vereinbar sind. Ich verstehe nicht, warum wir hier nicht diesen kleinen Schritt machen sollen.

Lassen Sie mir noch einen Satz sagen: Es gibt eine Revision in unserem Nachbarkanton Basel-Landschaft zu diesem Einführungsgesetz und die Regierung schlägt selber vor, diese Regelung einzuführen, die ich Ihnen mit meiner Motion und Patrizia Bernasconi mit ihrer Motion vorlegen. Darum würde ich mich sehr über eine Unterstützung freuen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

67 Ja, 21 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004412, 18.09.24 20:40:37]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 67 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

32. Motion 5 Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Vertretung in Mietstreitigkeiten

[18.09.24 20:40:51, 24.5209.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir haben schon verschiedene Schilderungen zu diesem Vorstoss gehört. Gibt es Wortmeldungen? Regierungsrätin Stephanie Eymann hat das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich habe vorher gesagt, dass wir von Regierungsseite diese nicht als eigentliche Schwestermotion sehen. Das Problem ist dasselbe wie bei der anderen Motion, nämlich die Frist. Ein halbes Jahr für eine Gesetzesrevision ist einfach zu knapp bemessen. Hier allerdings erachten wir die Forderung an sich als bundesrechtswidrig, da die eidgenössische Zivilprozessordnung eine solche Regelung nur für Mietgerichte vorsieht. Die Motion fordert nicht eigentlich die Einführung eines Mietgerichts. Deshalb geht diese Einschätzung nicht einzig um die Frist, sondern auch um die materielle Einschätzung. Deshalb beantragen, wir die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit hat die Motionärin Patrizia Bernasconi das Wort.

Patrizia Bernasconi (GAB): Was meine Motion von der vorigen Motion unterscheidet, ist, dass wir als Grosser Rat bereits im Juni 2021 eine Motion von Andreas Zappalà betreffend eine berufsmässige Vertretung von Angestellten von Mieter- und Vermieterverbänden bei Mietstreitigkeiten stillschweigend zur Erledigung überwiesen haben. Deshalb möchte ich meine Verwunderung zum Ausdruck bringen und ich habe kein Verständnis für die Ablehnung seitens des Regierungsrates.

Was sich seit der zweiten Überweisung der Motion von Andreas Zappalà verändert hat, ist, dass im Juni 2023 die Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten beschlossen hat, dass die Mitglieder des MV oder des HEV Mitarbeiter des jeweiligen Verbandes nicht einmal mehr für die Eingaben von Anfechtungen oder für die Korrespondenz mit der Schlichtungsstelle oder für die Sistierung von Verfahren bevollmächtigen können. Die Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten ist eine Institution, die vom Gesetz als niederschwellig definiert wird. Die Niederschwelligkeit ist aber in letzter Zeit immer weniger niederschwellig. Die Schlichtungsstelle ist da stark formalistisch und bürokratisch geworden. Das zeigt eben auch diese Entscheidung, die Vollmacht an Mitarbeitern vom MV und vom HFV nicht mehr anzuerkennen.

Mieter:innen und Vermieter:innen sind aber auf kompetente und professionell Hilfe angewiesen und wenden sich vertrauensvoll an ihre Verbände und holen Rat. Wir möchten also unsere Mitglieder weiterhin unterstützen können. Und um André Auderset zu beruhigen, es geht hier nur um die Schlichtungsstelle und nicht um das Mietgericht. Diese Diskussion um das Mietgericht haben wir bei der Überweisung der Motion von Andreas Zappalà geführt, und diese Motion ist zur Erledigung überwiesen worden.

Eigentlich kann ich als Mieter:innenvertreterin schlecht im Namen des HEV sprechen. Ich kann Ihnen aber versichern, dass wir, auch wenn Sie uns als Gegenspieler erleben und wahrnehmen, Sozialpartnerpartner sind, und die Forderung dieser Motion ist ein gemeinsames Anliegen. Was früher problemlos und für alle Seiten unkompliziert möglich war, soll wieder möglich werden. Wir denken und wir sind überzeugt, dass dies möglich ist im Einführungsgesetz ZPO und gerade mit dem Wortlaut, den wir vorgeschlagen haben. Das ist juristisch unmissverständlich und aus unserer Sicht klar rechtlich zulässig. Zu der Frage der Frist möchte ich mich nicht äussern.

Ich danke für die Überweisung und die breite Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 17 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004414, 18.09.24 20:45:43]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion ist überwiesen mit 74 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

33. Motion 6 Béla Bartha und Konsorten betreffend Barrierenabbau auf Biotopverbundsachsen

[18.09.24 20:45:57, 24.5210.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Biodiversität braucht Fläche, das wissen wir alle und niemand hier, davon gehe ich aus, möchte der Biodiversität Schaden zufügen. Während vier Jahren gingen Baugesuchen in Riehen über meinen Tisch, und ich kann Ihnen versichern, dass bei jedem Baugesuch ganz genau darauf geachtet wird, dass die Wege und Lebensräume, also die Verbindungsachsen und Wanderkorridore nicht unterbrochen, sondern wenn möglich sogar verbessert werden.

Sie erwähnen in Ihrer Motion das Biotopverbundkonzept von 2016, in welchem im Kantonsgebiet aufgezeigt wird, wo diese Achsen nicht gut sind oder sogar unterbrochen werden. Nun, es wurde schon sehr viel zur Verbesserung dieser Achsen gemacht. Ich weiss aber nicht, wie Sie die noch vorhandenen, in einer dichtbesiedelten Stadt wie Basel verbessern wollen. Hier ein paar Beispiele von Barrieren aus diesem Biotopverbundkonzept des Kantons Basel-Stadt, welche Sie als Grundlage nehmen und deren Verbesserungen ich eher als problematisch sehe, Sie aber sicher schon Lösungen haben.

Da wäre die Vernetzungsachse Elsässer – Bahnhof SBB – Rangierbahnhof Muttenz. Hier gibt es Barrieren, das ist richtig. Das eine ist die Überdeckung der Elsässerbahn. Ich weiss nicht, wie Sie die hochheben wollen. Und eine grosse Barriere ist auch auf der Bahnhof SBB. Dann die Rheinböschungen. Da ist die Rheinuferpromenade St. Johann, die erst kürzlich gemacht wurde. Das ist auch eine Barriere, das ist dort, wo sich die Menschen ein bisschen erholen können und ein bisschen spazieren. Dann der alte Badische Rangierbahnhof Bahnhof SBB. Ja da gibt es auch eine Barriere, das ist Rhein. Der ist nun auch mal hier, stauen können wir den nicht und die Kriechtiere haben halt keine Chance, da hinüberzugehen. Ich weiss nicht, was Sie hier machen wollen. Es wäre schon lange gemacht, wenn etwas möglich wäre. Dann haben wir noch das Wieseufer. Das ist besonders schön, denn dort gibt es keine Barrieren. Aber dort wollen Sie in Zukunft welche einbauen, das steht eigentlich auch schon fast fest. Wenn da renaturiert wird, dann haben wir die Barrieren. Dann haben wir das Bäumlihofareal, dort sind die Tramlinien ein Problem, und auch der Friedhof am Hörnli ist eine Barriere, festgehalten in diesem Biotopkonzept.

Ich bin nicht gegen Wanderkorridore und setze diese in Riehen als Verantwortlicher für Forst und Grünanlagen auch um. Sie sehen aber, dass das in der Motion Gewünschte entweder bereits erfüllt wurde oder gar nicht möglich ist. Ich ersuche Sie aus diesen Gründen, die Motion nicht zu überweisen oder wenn Sie tatsächlich Antworten dazu wollen, wandeln Sie sie in einen Anzug um.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Jean-Luc Perret.



Jean-Luc Perret (SP): Ich möchte jetzt Felix Wehrli doch gleich widersprechen. Ich sehe durchaus Potenzial, ich komme noch dazu, und die SP unterstützt auch die Überweisung dieser Motion. Wir sind ja schon im Grundsatz mit Béla Bartha einig. Es braucht Biodiversität auch oder sogar ganz besonders in der Stadt, und die Dringlichkeit, sehen wir ebenfalls als gegeben.

Schön gestaltete Grünflächen, Parks, Gärten und Kleinstrukturen, die vielen Lebewesen ein Daheim bieten, sehen wir alle gerne. Gerade wenn man seinen Garten oder eine Fläche naturnah gestaltet, dann hofft man ja normalerweise, dass Schmetterlinge, Molche, Igel, Wildblumen einfach so von alleine kommen und sich ansiedeln. Ich glaube, genau um dieses Einfach so und von alleine geht es in dieser Motion. Denn einfach bedeutet nicht problemlos, denn alle Lebewesen brauchen Wege, über die sie schadlos von bestehenden Lebensräumen die neuen besiedeln können, oder über die sie zwischen den Lebensräumen wechseln können, beispielsweise um sich zu vermehren.

Wenn die Biotope zu weit auseinanderliegen oder durch Hindernisse voneinander getrennt sind, wird es schwierig und manchmal reichen kleine Massnahmen aus, um ein Hindernis von unüberwindbar zu überwindbar, umzugestalten. Felix Wehrli, Sie können nun schon den Rhein nennen. Das ist jetzt vielleicht ein bisschen ein saloppes Beispiel, aber am Beispiel des Bahntunnels kann ich Ihnen sagen, dass man da an der Oberfläche schon mit geschickt platzierten Trockenflächen einen Korridor bauen kann, den zum Beispiel Insekten überwinden können. Dass das Ganze eigentlich nur die Umsetzung ohnehin bestehender Konzepte und Strategien ist, ist dann noch geschenkt, das führt dann sicher Béla Barth auch noch im Detail aus.

Wir bitten Sie deshalb, die Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GAB): Wir sprechen heute schon das dritte Mal über Biodiversität, das erste Mal beim Lysbüchel-Platz und Saint Louis-Park, das zweite Mal beim Wassergesetz und jetzt bei diesem Vorstoss. Beim Wassergesetz haben wir gesehen, dass Biodiversität längst noch nicht überall mitgedacht wird, wo es eigentlich mitgedacht werden sollte. Wir haben zwar eine Biodiversitätsstrategie, diese hat aber auch noch keine Massnahmenplanung. Es ist auch noch nicht der Fall, dass alle Verwaltungsstellen, die die Biodiversität eigentlich betrifft, verstehen, was das Problem mit der Biodiversität tatsächlich ist oder was das Konzept der Biodiversität ist. Strategien sind gut, Massnahmen sind jedoch besser. An Massnahmen verstehen wir auch besser, was gemeint ist, an Massnahmen lernen wir wie Biodiversitätsförderung geschehen kann. Solange Massnahmen auf dem Papier geschrieben stehen und nicht geplant werden, solange nutzen sie den Arten auch nichts.

Auch in diesem Rat scheint mir die Biodiversität noch nicht ganz angekommen zu sein. Wenn ich das Votum von Felix Wehrli höre, dann merke ich, dass das, was die Biodiversität braucht, was die Arten brauchen, weshalb Biotope vernetzt werden, wie man das tun kann, noch nicht verständlich ist. Natürlich gibt es den Bahnhof, natürlich ist der gebaut, aber wir nennen viel zu selten das Wort Trittsteine. Biotope müssen über Trittsteine verbunden werden und ein Trittstein kann auch durchaus ein Dach sein, ein Trittstein kann eine Gleisanlage sein, ein Trittstein kann eine Verkehrsinsel sein. Es gibt so viel, was wir noch tun können und ich finde es höchst bedauerlich, dass man hier das Gefühl hat, man könne nichts tun.

Ich finde es auch bedauerlich, dass wir bisher nur, wenn überhaupt, Massnahmen dann angehen, wenn sie ohnehin schon angedacht sind. Ich erinnere noch mal an das, was ich schon bereits beim Wassergesetz gesagt habe. Schweizweit sind 35 Prozent aller Arten auf der roten Liste, weltweit ist 1 Million Arten bedroht. Wir sind in einer Biodiversitätskrise. Die Biodiversität ist unsere Lebensgrundlage und da können auch wir im städtischen Raum uns nicht einfach dagegen verschliessen. Auch wir müssen handeln, und insbesondere im städtischen Raum ist es enorm wichtig, dass wir diese Biotopverbundsachsen aufwerten, dass wir alles Mögliche daransetzen, damit die Arten auch weiterbestehen können und gefördert werden. Ich bitte Sie daher, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit geht das Wort an den Motionär Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Felix Wehrli hat mir gerade eine gute Vorlage gegeben. Dass ich diese Motion überhaupt eingereicht hat, dem liegt ein Schlüsselerlebnis zugrunde. Als ich gewusst habe, dass ich jetzt wahrscheinlich doch als Grossrat hier sein werde, habe ich mir im Vorfeld überlege, wie ich mich als Biodiversitätsbewegter in Zukunft hier einsetzen will. Da bin ich bin ich für mich auf die Biodiversität fördernden Massnahmen gestossen und habe mich vor allem auf den Richtplan von Riehen



bezogen. Da habe ich gesehen, dass im 2003 in Riehen acht Korridore ausgewiesen wurden, die die verschiedenen Gebiete in Riehen miteinander verbinden sollten. Sie haben mir gesagt, dass es im 2016 Grad einen weiteren Richtplan gibt, und wenn man diese beiden von 2003 und 2016 vergleicht, da wird einem plötzlich bewusst, dass da plötzlich drei Korridore in Riehen fehlen.

Vielleicht sind die einfach irgendwo verschwunden oder sie sind nicht mehr so wichtig, auf jeden Fall sind sie im Richtplan nicht mehr zu finden. Das hat mich natürlich ein bisschen aufgeschreckt, wenn Korridore eben plötzlich verschwinden, und das zeigt mir doch, dass man gerade in Riehen scheinbar den Wert dieser Korridore nicht so hoch situiert wie ich mir das erhoffen würde.

In der aktuellen Biodiversitätsstrategie wird die Wichtigkeit von Biotopverbundsachsen wiederum erwähnt und die Erhaltung sowie die Qualitätserhaltung oder Wiederherstellung als Massnahmen beschrieben. Aber in dieser Biodiversitätsstrategie wird gerade dieses Ansinnen wieder zunichte gemacht, indem man eben sagt, dass man diese Massnahmen nur an die Hand nehmen will, wenn ohnehin Baumassnahmen im Bereich der Biodiversitätsachsen anstehen, und das ist natürlich ein riesiger Rückschritt von einem guten Gedanken, denn man hegt und dann plötzlich wieder brüsk aufhört und wieder 180 Grad zurückgeht.

Ich habe auch gelesen, dass im Gewerbeverband, der gegen die Überweisung meiner Motion ist, zwei Argumente ins Feld führt. Das eine ähnelt sehr dem, was Sie vorher gesagt haben: Der Ersatz und die Wiederherstellung ökologischer Flächen wirkt sich unmittelbar auf die Bereitstellung geeigneter Wirtschaftsflächen aus.

Hierzu muss man schon einmal sagen und richtig betonen, wenn man Ersatzflächen von ökologisch wertvollen Flächen fordert, dann ist das nicht irgendeine Idee, die ich plötzlich in meiner Motion hervorgekramt habe, sondern das ist eine Vorgabe, die auf Bundesgesetz fusst. Hier geht es ganz schlicht und einfach um die Erhaltung von geltendem Gesetz. Das zweite Argument, die Forderung nach Erhaltung und Verbesserung der Verbundsachsen behindere die Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur. Da muss ich schon ein bisschen staunen. Wir wissen, dass wir für die Flächen, die verschwinden, Ersatzstandorte bestimmen müssen, und nicht irgendwo in Timbuktu, sondern in unserem Stadtperimeter. Im Fall des Areals der Deutschen Bahn beispielsweise soll ja das Hafenbecken 3 gebaut werden, und das käme ja nun auf wertvolle Biodiversitätsflächen zu stehen. Ich hoffe, dass das nicht der Fall sein wird, aber das nehme ich mal als hypothetisch an. Wollen wir dort also bauen, dann müssen wir für Ersatzstandorte sorgen. Zugegebenermassen wird das in Basel sehr schwierig, sehr wahrscheinlich müssen wir mehrere Standorte finden. Und wenn wir diese Standorte auch qualitativ erhalten wollen und da müssen wir diese Standorte eben vernetzen.

Und in diesem Sinne ist meine Motion eigentlich ganz in Ihrem Sinn, denn sie soll eben nicht verhindern, sondern ermöglichen, dass wir auch in Zukunft unsere Stadt weiterentwickeln können, indem wir eben leichter zu Standorten kommen, die wir dann eben sehr gut vernetzen können. Und deshalb bin ich auch absolut überzeugt, dass wir eben nicht nur auf Kosten der Biodiversität agieren sollten, sondern zusammen mit der Biodiversität unsere Stadt weiterentwickeln sollten. Daher bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung der Motion wird bestritten von Felix Wehrli. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 31 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004416, 18.09.24 21:00:50]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion ist überwiesen mit 58 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.



34. Motion 7 Catherine Alioth und Konsorten betreffend einem adäquaten ÖV im Bereich der Hardstrasse während des Ausfalls des 14er Trams

[18.09.24 21:01:03, 24.5258.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte. Es hat sich Gianna Hablützel-Bürki gemeldet.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Nicht nur der Regierungsrat, sondern auch die GLP-Fraktion lehnt diese Motion ab. Und das ist verständlich, denn die eigene Regierungsrätin trägt die volle Verantwortung für das chaotische Baustellenmanagement, das seit Monaten in diesem Fall das Gellert-Quartier und seine Bewohnerinnen und Bewohner belastet. Der Ausfall der Tramlinie 14 stellt insbesondere für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen vor unzumutbare Herausforderungen. Die als Ersatz angebotene Buslinie 37 verkehrt nur im 15-Minutentakt und ist regelmässig überfüllt, oft auch mit Schulklassen.

Ein kleiner Bus, der keine Kapazitäten mehr hat, ist schlicht keine akzeptable Lösung. Für Kinder und mobilitätseingeschränkte Menschen ist der Karl Bart-Platz ein Hindernisparcours, den man nur Mithilfe des Verkehrsdienstes überwinden kann. Heute über Mittag waren acht Sicherheitsleute da, die den Verkehr geregelt haben. Der Umstieg am Aeschenplatz auf eine andere Tramlinienverbindung ist eine weitere unzumutbare Hürde. Dieser chaotische Verkehrsknotenpunkt ist ohnehin schwer zu bewältigen und für Menschen mit eingeschränkter Mobilität eine echte Zumutung.

Doch statt in eine Verbesserung der Situation blicken wir in eine düstere Zukunft. 2025 wird das Chaos zur Katastrophe. Schon heute staut sich der Verkehr ab der Autobahnausfahrt St. Jakob in Richtung Innenstadt und Geller Quartier über eine Stunde. Täglich gibt es massive Verspätungen beim ÖV, die gesamte Gegend rund um die St. Jakobs-Halle ist blockiert. Laut Information des BVD wurden Baupläne aufgrund der bevorstehenden Fussball EM bereits geändert. Weitere Terminverschiebungen sind unvermeidlich, da der grösste Musikevent der Welt ebenfalls 2025 in Basel stattfinden soll.

Meine Damen und Herren, es ist schlichtweg unfassbar, dass keine vorausschauende Planung stattgefunden hat und die Bevölkerung dafür die Konsequenzen tragen muss. Zusätzlich zu den unzureichenden ÖV-Verbindungen kommen noch die nächtlichen Lärmbelastungen hinzu. Tage lang werden die Anwohnerinnen und Anwohner ab 1 Uhr morgens durch Bauarbeiten aus dem Schlaf gerissen. Die Motionäre fordern eine angemessene ÖV-Lösung während den Bauarbeiten im Jahr 2025. Was hindert die verantwortlichen daran, diese umzusetzen? Die Antwort ist ebenso schockierend wie simpel, auch bei der BVB herrscht anscheinend ein massiver Personalmangel.

Dieses Baustellenchaos, diese Ignoranz gegenüber den Bedürfnissen der Bevölkerung, diese Planlosigkeit, all das ist nicht mehr hinnehmbar. Es ist ein Symbol für das Versagen der Verantwortlichen, insbesondere der Baudirektorin. Regierungsrätin Esther Keller muss endlich durchdachte Massnahmen präsentieren und berechtigte Anliegen der Anwohnerinnen und Anwohner endlich respektieren. Ich danke Ihnen für die Überweisung dieser Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Im Namen der SP unterstützen wir die Ablehnung dieser Motion durch den Regierungsrat. Es ist selbstverständlich unangenehm für die Fahrgäste, wenn eine Tramlinie Jahr für Jahr unterbrochen wird, weil immer wieder an anderen Stellen gebaut wird. Soweit hat das auch noch alles ganz gut getönt im Text. Aber bei diesem Vorstoss geht es ja nicht um die Baustellen und auch nicht um den ganzen anderen grossen Bogen, was alles schief läuft, wie meine Vorrednerin gerade aufgezählt hat, sondern es geht einzig um den Ersatzverkehr. Und hier müssen wir wirklich festhalten, eine Motion ist definitiv das falsche Vehikel, um einen temporären Baustellenersatzverkehr adäquat zu organisieren, wie es im Titel heisst. Bei einer Motion geht es nach unserem Verständnis normalerweise um die Änderung der Verfassung oder um ein neues Gesetz, aber sicher nicht darum, der BVB und der BLT aufzutragen, wodurch und in welcher Frequenz ihre Ersatzbusse fahren sollen. Kommt dazu, dass, wie bei jedem Ersatzverkehr, einige Anwohnende den Ersatzbus plötzlich näher haben, andere weiter weg als die Tramlinie vorher war. Es gibt immer Zufriedene und Unzufriedene. Die Gespräche und Feinabstimmungen müssen definitiv an einem anderen Ort geführt werden als hier bei den persönlichen Vorstössen.

Und zum Schluss möchte ich noch ein Wort zur geforderten Verdichtung des 37-er Bus sagen. Ich hoffe, Sie, die sich jetzt empören, haben alle den Entwurf zum ÖV-Programm gelesen und gesehen, dass die beiden Haltestellen in der Engulgasse ab dem Fahrplanjahr 2026 komplett aufgehoben werden sollen. Ich hoffe, Sie bringen dies in die Vernehmlassung ein, dann



wären wir uns auch wieder einig in einem Punkt. Was aber die Motion angeht, bitten wir Sie, der Verwaltung und den Rechtsdiensten diese Arbeit zu ersparen und die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich kann der Debatte vielleicht ein bisschen der Emotionalität nehmen. Es ist primär aus formellen Gründen, dass der Regierungsrat diese Motion ablehnt. Wir hätten eine schriftliche Anfrage, eine Interpellation oder ganz einfach auch eine Mail an mich den einfacheren Weg gefunden, um nachzufragen, ob wir uns die Situation anschauen. Ab nächster Woche wird das Tram auf dieser Strecke wieder fahren. Die Einschränkungen für die Passagiere waren tatsächlich gross. Ich war selbst mehrere Male mit dem Busersatz nach Muttenz unterwegs und bin 20 Minuten im Stau gestanden. Es ist uns sehr bewusst, dass diese Route sehr stark beeinträchtigt war von den Bauarbeiten und wir werden schauen, was wir nächstes Jahr da ändern können.

Es ist ein sehr enger Korridor, weil nicht nur die Busse müssen sich neue Wege suchen, sondern auch der MIV sucht sich neue Wege. Das heisst, es staut sich in diesem ganzen Gebiet der Autoverkehr aufgrund der Baustelle, das heisst, es ist nicht ganz einfach, eine gute Ersatzroute für den Bus zu finden, die eben nicht wieder vom MIV verstopft ist.

Aber wir werden das anschauen und sehr gerne prüfen. Inhaltlich sind wir absolut Ihrer Meinung, auch der Meinung von Grossrätin Catherine Alioth, die die Motion eingereicht hat. Wir werden das anschauen und unser Möglichstes tun. Vielleicht noch ein Widerspruch: Sie haben kritisiert, Gianna Hablützel, dass wir nicht in der Nacht arbeiten sollen. Wenn Sie aber möchten, dass diese Baustelle so kurz wie möglich dauert, dann muss zum Teil auch in der Nacht gearbeitet werden, sonst ist die Gesamtdauer der Baustelle wieder länger. Das ist eine Güterabwägung, die wir bei jeder Baustelle machen müssen, aber eben in gewissen Momenten ist Nacharbeit sinnvoller, um eben diese Einschränkungen beim Tramverkehr so kurz wie möglich zu halten.

Und um vielleicht noch den Bogen zu schliessen: Die BVB sind die ersten, die ein hohes Interesse daran haben, dass wir eine gute Lösung finden. Es ist eine grosse Belastung für die Fahrzeugführenden, wenn sie zu spät sind und im Stau stehen und die Passagiere ungeduldig werden oder wenn sie Passagiere verlieren, weil diese eben nicht zufrieden sind mit diesen Takten.

Also deshalb nochmals, wir werden das anschauen, ohnehin und ganz sicher aber der Regierungsrat ist der Meinung, dass die Motion das falsche Mittel ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben keine weiteren Wortmeldungen. Damit geht das Wort an die Motionärin Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Ich danke vielmals für die angeregte Debatte und für die doch wohlwollende Diskussion. Die Regierung hat entschieden, diese Motion nicht entgegenzunehmen, da sie nicht das geeignete Instrument für das vorliegende Anliegen darstelle. Ich bin aber der Meinung, dass die Motion hier sinnvoll und gezielt zum Einsatz kommt. Es geht um das Wohl eines ganzen Quartiers mit seinen Anwohnenden, Gewerbetreibenden, Arbeitnehmenden und Schülerinnen und Schüler, die die umliegenden Schulen besuchen, das nun seit zwei Jahren stark in seiner Mobilität eingeschränkt ist und im nächsten Jahr erneut eingeschränkt wird. Eine Situation, die mehr Aufmerksamkeit und aktives Handeln erfordert, als nur Information. Sowohl das örtliche Gewerbe als auch die ältere Bevölkerung leiden stark unter den aktuellen Bedingungen des eingeschränkten ÖV. Eine gute verkehrliche Anbindung ist entscheidend für den Lebensstandard und die Lebensqualität der Bewohner, weshalb es notwendig ist, aktiv zu werden und diese Situation anzupacken.

Zur Ausgangslage: Die Tramlinie 14 wurde bereits im Jahr 2023 für drei Monate ausgesetzt und seit dem 29. April dieses Jahres für weitere fünf Monate stillgelegt. Am 23. September soll sie wieder in Betrieb gehen. Das wurde uns auch vorhin bestätigt. Aber das ist noch nicht alles. Für das Jahr 2025 ist erneut eine Stilllegung von August bis September nach den beiden Grossanlässen ESC und UEFA Women's EURO 2025 geplant.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung im Bereich der Hardstrasse ist enorm trotz des 14-er-Ersatzbusses, der über die St. Alban-Anlage in die Gellertstrasse fährt und der 37-er Buslinie, die den Bereich Engelgasse bedient. Die Hardstrasse ist mit ihren Einkaufsmöglichkeiten schlecht erreichbar. Das ist nicht nur für die Anwohnenden ein Nachteil, auch das Gewerbe leidet darunter. Die Anwohnenden wurden zwar durch Newsletter, Bauplakate und Informationsschreiben informiert. Ihr Frust über die anhaltenden Unannehmlichkeiten konnte nicht gelindert werden. Dies zeigte sich eindrücklich, als innerhalb eines Zeitraums von Mitte Juni bis Ende Juli dieses Jahres 506 Personen eine Petition unterzeichnet haben, in der sie einen



angemessenen Ersatz für das 14-er Tram während der Sanierung der Hardstrasse fordern. Die Petition wurde letzten Mittwoch eingereicht.

Es ist nicht der Umstand, dass Energie- und Wasserleitungen erneuert werden, das Fernwärmenetz ausgebaut wird und die Tramhaltestelle barrierefrei gemacht werden. Es sind die Folgeprobleme, die die Bevölkerung zu tragen hat. Es sind die Umleitungen und die neuen Verkehrsführungen im ÖV und die daraus entstehenden nachteiligen Alternativen für die Fahrgäste des 14-er Trams. Die Motion präsentiert Lösungsansätze und beschreibt eine Streckenführung für den Ersatzbus für das 14er Tram ab Aeschenplatz via Engelgasse,-Sevogelstrasse und den Sevogelplatz in die Gellerstrasse, um auch die Haltestelle Sevogelplatz bedienen zu können.

Mit dem Wegfall der 14er Tramlinie sind die Schülerinnen und Schüler der öffentlichen und privaten Schulen wie auch die mobilitätseingeschränkten Personen auf die Buslinie 37 angewiesen. Dies führt insbesondere zu Hauptverkehrszeiten zu Kapazitätsengpässen. Die Verdichtung des Fahrplans der Buslinie 37 und die Anpassung der Busgrösse zu Hauptverkehrszeiten sind eine sinnvolle Entlastung dafür.

Jetzt, wo auch der Landrat letzte Woche das Problem der ausgefallenen Tramlinie 14 in Muttenz und Pratteln aufgenommen hat, erscheint mir die Motion richtig und gezielt eingesetzt. Es besteht nun dringlicher Bedarf, dass mit der BVB eine Lösung für einen adäquaten ÖV im Bereich der Hardstrasse während des Ausfalls des 14er Trams gefunden wird. Ich bitte Sie daher, die Motion tatkräftig zu unterstützen und dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 40 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004418, 18.09.24 21:14:58]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion ist überwiesen mit 50 Ja-Stimmen gegen 40 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

35. Motion 8 Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Tramverkehr durch die Innenstadt jetzt beschleunigen

[18.09.24 21:15:10, 24.5259.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Bevor ich begründe, wieso wir gegen die Überweisung dieser Motion sind, möchte ich die Tatsache beanstanden, dass seit 2019 immer noch kein Bericht zum Ausbau des Tramstreckennetzes vorliegt, obwohl dieser in einem zweijährigen Rhythmus vorgelegt werden muss.



Regierungsrätin Esther Keller ist in dieser Sache extrem in Verzug. Das Tram wird inzwischen langsamer, Haltestellen werden abgebaut, Eigentrasse verschwinden, Lichtsignalanlagen werden für das Tram schlecht priorisiert, die grüne Wand erscheint manchen als endlos und der früher gute Ruf des Trams wird deshalb immer schlechter. Anzüge wie beispielsweise derjenige betreffend stressfreie Innenstadt für alle werden von der UVEK stehengelassen, da seitens des jBVD nichts kommt. Kurz, wir erleben keinen Befreiungsschlag durch das BVD. Der Ausbau des Tramnetzes bleibt irgendwo stecken und wird verschleppt.

So können wir im neuesten ÖV-Programm lesen, dass bis 2028 gerade mal eine einzige Tramverbindung neu gebaut werden soll, sonst nichts, nur einen riesigen Ausbau des Busnetzes.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich bitte Sie, Gespräche draussen zu führen und hier aufmerksam zuzuhören.

Patrizia Bernasconi (GAB): Wie sollen die anderen Ausbauprojekte und Projekte zur Entlastung der Innenstadt bis 2030, so wie das Tramnetz 2030 vorseht, realisiert werden? Wir können also die Ungeduld nachvollziehen. Wir sind auch sehr ungeduldig. Die Ungeduld führt eben dazu, dass Fraktionen versuchen, Motionen wie diese hier einzubringen.

Warum sind wir gegen die Überweisung dieser Motion? Wir können keine Motion überweisen, die zum Ziel hat, zwei Tramlinien definitiv umzuleiten, ohne zu wissen, was das für die Fahrgäströme, für das ganze Tramnetz bedeutet. Wir können auch keine Motion überweisen, die das Tramnetz 2030 bereits zum jetzigen Zeitpunkt als gescheitert ansieht, obwohl noch nichts vorliegt. Immerhin erfahren wir damit, dass die Mitte ohne das genaue Tramnetz 2030 zu kennen, zum Scheitern des Ausbaus des Tramnetzes beitragen will. Und schliesslich können wir keine Motion überweisen, die nur ein Schnellschuss für den Wahlkampf ist.

Aber noch einmal zum Schluss an Regierungsrätin Esther Keller gerichtet: Wir verstehen nicht, warum Sie diese Motion entgegennehmen wollen. Berichten Sie doch endlich stattdessen über den Ausbau des Tramstreckennetzes, lassen Sie uns endlich darüber und über alle hängigen Anzüge diskutieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie, die Motion von Franz-Xaver Leonhardt an den Regierungsrat zu überweisen. Ich bin mit vielem, was Patrizia Bernasconi in ihrem Votum gesagt hat, sehr einverstanden. Es ist der Regierungsrat, der in dieser Frage nicht vorwärts macht, und deshalb braucht es aus der Mitte dieses Hauses entsprechende Vorstösse. Ich habe dazu auch schon Vorstösse gemacht, die wurden leider abgelehnt, Franz-Xaver Leonhardt hat allerdings damals mit mir gestimmt. Deshalb stimme ich heute auch sehr gerne mit ihm, weil er in diesem Vorstoss im Text auch das Problem noch einmal sehr deutlich beschreibt.

Die Situation in der Innenstadt, da kann man jetzt für oder gegen Tramlinien sein, ist einfach für alle unbefriedigend, für diejenigen, die das Tram benutzen wollen, für diejenigen, die in einer anderen Weise von A nach B bewegen wollen und auch für alle anderen, die aus irgend einem Grunde in diese Stadt fahren müssen. Es hat sehr oft viele Ausfälle, es gibt Umleitungen, wir haben die Situation an der Hardstrasse vorher diskutiert. Man bleibt stehen. Es ist, wenn ein Tram ausfällt auf dieser Achse zwischen Schiffflände und Aeschenplatz so, dass der gesamte Tramverkehr lahmgelegt wird. Die Leute kommen nicht mehr von A nach B.

Nun kann man schon sagen, wir wollen nicht, dass Tramlinien aus diesem Perimeter verschwinden, bevor wir nicht wissen, was mit den Passagierströmen passiert, die diese Linien benutzen. Aber ich glaube, die Situation, die wir heute haben, ist derart unangenehm für ganz viele Menschen, dass das Tram ganz insgesamt an Attraktivität verloren hat. Wenn Sie nicht ganz schwierig zu Fuss sind, dann ist es heutzutage fast keine Option mehr, dass sie vom Aeschenplatz an den Barfüsserplatz fahren. Sie haben viel länger, als wenn Sie laufen. Sie verlieren so viel Zeit auch noch mit diesen Einfachhaltestellen, die ja dann dazu führen, dass nur noch ein Tram halten kann, auch das aus meiner Sicht keine Massnahme, die den Tramverkehr irgendwie in der Innenstadt auch nur ansatzweise beschleunigt hat.

Deshalb sind wir der Meinung, dass es jetzt konkrete Massnahmen braucht. Der Regierungsrat hat in diesem Zusammenhang eigentlich schon lange etwas bringen können. Er bringt hier nichts, es sind immer noch genau gleich viele Tramlinien, die durch die Innenstadt fahren und jetzt kommt dann vielleicht Regierungsrätin Esther Keller und sagt, ja, wenn Sie dem Margarethenstich zustimmen, dann kommt eine Tramlinie aus diesem Netz. Das ist einfach nicht ganz wahr, weil diese Tramlinie, die aus diesem Netz herauskommt, die fährt nur zu ganz wenigen Zeiten am Tag. Es ist keine Entlastung für diese Achse, wenn Sie Tram 17 nicht mehr über den Marktplatz fahren lassen. Das ist ein sehr ja sehr offensichtlich ist PR-Geschwurbel für den Margarethenstich.



Deshalb bin ich fest der Überzeugung, dass dieser konkrete Vorschlag von Franz-Xaver Leonhardt verdient, vertieft geprüft zu werden. Ich glaube auch – vielleicht bin ich dann auf der anderen Seite als Franz-Xaver Leonhardt, wenn es um die Frage des Claragrabens oder des Petergrabens geht –, dass diese beiden Verbindungen nicht sehr rasch kommen werden. Wenn es nach mir geht, kommen sie gar nicht, denn wir brauchen sicher nicht noch mehr teure Traminfrastruktur in der Stadt, die dann auch wieder im Unterhalt teuer sind. Wir brauchen da andere, modernere, neuartigere Formen der Mobilität. Das Tram ist kein Gefährt der Zukunft im Kontext mit der Schiene. Wenn es andere Formen gibt, können wir wieder darüber sprechen.

Deshalb ist der Vorschlag von Franz-Xaver Leonhardt, etwas mit dem 15-er und 16er Tram zu schauen, wie man das geschickt so auch verknüpfen kann, dass das Bruderholzquartier von Innenstadt nicht abgeschnitten wird und auch den 14er über den Wettsteinplatz fahren zu lassen eine kluge Idee auf den ersten Blick, und deshalb glaube ich, ist es sinnvoll, ihn jetzt so als Vorschlag an den Regierungsrat zu überweisen.

Wo ich Regierungsrätin Esther Keller ein wenig in Schutz nehmen muss ist – und da müssen wir uns auch ein bisschen an der eigenen Nase nehmen – bei jedem Vorschlag der Verwaltung, eine Tramhaltestelle oder eine Bushaltestelle aufzuheben, sei sie noch so nahe von der nächsten, gibt es Widerstand aus der Bevölkerung, weil jeder möchte natürlich die Tramhaltestelle am liebsten vor der Türe haben. Das ist auch etwas, bei dem wir uns vielleicht ein bisschen umgewöhnen müssen. Das hilft dann letztlich auch nicht.

Wir sind also hier alle gefragt, nicht nur der Regierungsrat, sondern auch die Politiker hier in diesem Saale, etwas dafür zu unternehmen, dass der ÖV-Verkehr insgesamt wieder flüssiger wird. Der Vorstoss Leonhardt bietet dazu eine hervorragende Gelegenheit für die Innenstadt. Ich bitte Sie deshalb, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Wir Grünliberalen setzen uns für ein effizientes ÖV-System in unserem Kanton ein. Dass zu viele Tramlinien durch die Innenstadt geführt werden und dass die Effizienz des Systems und die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt unter diesem Umstand leidet, ist uns wohl allen klar. Wir Grünliberalen befürworten deshalb die Neubaustrecken Claragraben, Petersgraben und Margrethen-Verbindung. Sie werden einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der Innenstadt leisten. Dass man jetzt einfach ein paar Tramlinien umlegen kann und das Problem ist gelöst, halten wir für eine sehr verkürzte Sicht der Dinge, wenn es so einfach wäre, dann hätte man das wohl schon lange getan.

Den in der Motion vorgeschlagenen konkreten Lösungen stehen wir deshalb ein bisschen skeptisch gegenüber. Gegen die Kernforderung, dass die Umlegung von Tramlinien zur Entlastung der Innenstadt geprüft werden soll, haben wir aber nichts einzuwenden. Die Regierung will ja auch entgegennehmen. Man merkt aber schon an der Forderung, dass es ein Anzug vielleicht auch getan hätte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Ich wollte eigentlich auch bestreiten, jetzt hat das Patrizia Bernasconi schon getan. Ich erkläre jetzt einfach, weshalb die SP die Motion auch ablehnen wird. Im Gegensatz zu den technischen Ausführungen mache ich es eher ein bisschen bildlich. Also Franz-Xaver Leonhardt, stellen Sie sich mal vor, bei Ihnen im Hotel kommen zu viele Gäste zum Frühstücksbuffet und stehen sich dort auf den Füßen herum. Dann komme ich und sage, die Lösung wäre einfach einen Drittel der Gäste am Frühstücksbuffet vorbei umzuleiten. Dann würden Sie mir vermutlich antworten, dass dies mit Sicherheit weder den Morgen attraktiver macht noch den Ruf Ihres Hotels verbessert.

So ähnlich sieht es doch mit den Trams in der Innenstadt. Wir machen doch das Angebot nicht attraktiver, wenn wir drei Linien von der Innenstadt abhängen. Das Problem ist doch nicht, dass zu viele Menschen eine direkte Traumverbindung in die Innenstadt haben, sondern dass die Infrastruktur dafür nicht ausreicht. Wir brauchen deshalb mehr Schienen – wir sind da der Meinung, dass das Tram durchaus Zukunft hat – und wir brauchen das Tramnetz 2030 ganz konkret und andere sinnvolle neue Streckenabschnitte. Aber ein solches Bekenntnis suchen wir in der Motion eben vergeblich. Im Gegenteil, das Tramnetz 2030 wird mit düsteren Prognosen schlecht geschrieben.

Dann gäbe es aus unserer Sicht auch noch andere Möglichkeiten, um den Tramverkehr in einem kürzeren Zeithorizont zu beschleunigen, zum Beispiel dafür zu sorgen, dass nicht Autos und andere Hindernisse im Weg stehen, Eigentrassees zu schaffen oder die Signal-Steuerung anzupassen. Auch über die Doppelhaltestellen müssen wir nochmals nachdenken. All das fehlt in der Motion. Bei diesen zwei Dingen, also Hindernisbeseitigung und Schaffung neuer Infrastruktur, müssen wir vorwärts machen und uns darauf fokussieren und nicht mit einer von unzählig verschiedenen Liniennetzvarianten von den tatsächlichen Problemen ablenken. Dann gibt es auch reichlich innenstädtisches Frühstück für alle.



Wir sehen deshalb keinen Anlass, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler an? Sie wird nicht angenommen. Damit kommen wir zu Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Jetzt da sind wir alles Tramspezialist:innen geworden heute Abend, sogar ich stehe hier, der davon keine Ahnung hat. Aber wenn ich alles gehört habe, so hat Patrizia Bernasconi sehr viel Gutes gesagt heute Abend, das mir eingeleuchtet hat.

Ich weiss, viele sagen, dass das Tram für das Klima das beste sei, das am meisten Leute kann auf einmal transportieren könne. Es ist ökologisch, es ist ökonomisch auch nicht schlecht und und und. Aber was mir in dieser Stadt fehlt, ist das Innovative, wirklich einmal etwas Innovatives, Neues. In vielen anderen Städten ist das Tram einfach ein Oldtimermuseum und man hat es noch, weil es zur Stadt noch passt und gehört. Das ist kein Schlag gegen die UVEK, aber vielleicht doch ein bisschen.

Und ich bin auch einig mit Joël Thüring, der sagt, dass er den Petersgraben und Claragraben nicht wolle. Wir wollen keine neuen Schienen dort, ich bin ein absoluter Gegner von all dem, denn ich bin überzeugt, es gibt innovativere Transportmittel für so eine kleine Stadt wie Basel, auf so kurzen Wegen.

Das ist einmal das so die Gedankenzusammenfassung. Die LDP hat sich gefragt, ob der Vorschlag von Franz-Xaver Leonhardt eine Zwischenlösung sein könnte, aber das ist Ihre Hausaufgabe, Frau Regierungsrätin Esther Keller, und es ist nicht das Parlament, das Ihnen Tipps geben muss, wie man Linien umleitet. Wir haben den Plan, und Patrizia Bernasconi hat es Deutsch und deutlich gesagt, wir sollten jetzt irgendwann einmal wissen, was da geht. Wir wissen nichts, haben keine Ahnung. Wir wissen nur Ärger. Wir haben Ärger, weil wir keine Linien haben. Ich weiss nicht, wie viele Taxis meine Schwiegermutter, die in der Hardstrasse wohnt, gebraucht hat. Ist das ökologisch, ist das ökonomisch? Absolut nicht.

Wir machen wahrscheinlich eine Offen, in der Fraktionssitzung haben wir eher ein Nein eingeworfen. Ich selber werde Nein stimmen, gegen eine Überweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfragen an? Sie werden nicht angenommen. Damit sind wir beim Motionären Fran-Xaver Leonhardt angelangt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich glaube, es wird spannend, weil die Kreuztabelle jetzt nicht klar sagt, was wir entscheiden werden. Also ich gebe mir jetzt Mühe, Sie spontan zu überzeugen, dass diese Erstüberweisung eine gute Sache ist. Jedenfalls bedanke ich mich bei der Regierung. Sie hat nichts gesagt, aber Sie möchte es entgegennehmen und das finde ich schon einmal ein gutes Zeichen für meine Motion.

Auf diese Motion habe ich unglaublich viele positive Reaktionen bekommen aus der Bevölkerung. Sie haben gesagt, dass diese Tramstau wirklich ein Problem seien und dass das eine Lösung sein könnte. Es ist eine Erstüberweisung. Und es ist etwas schade, dass das GAB und die SP diese Erstüberweisung bekämpfen, denn wir können ja einmal die Antworten der Regierung zu uns nehmen, die sagt, sie sei im Verzug. Es gibt verschiedene Probleme, aber wir von der Mitte möchten nicht Wahlkampf betreiben, sondern wirklich mit einer Lösung kommen. Eine einfache Lösung, die man ohne Geld jetzt mal ausprobieren kann. Die BVB ist, glaube ich, von dieser Lösung auch noch angetan. Sie würden das gerne umsetzen. Aber die BVB machen nur das, das das Amt für Mobilität oder wir ihnen in Auftrag geben.

Und ich habe jetzt auch keine wirklichen Argumente gehört, warum das keine gute Idee ist. Was das mit dem Frühstück zu tun hat, überfordert mich jetzt mit dem Tram. Es ist sehr viel komplexer, das Frühstück ist einfach. Ich könnte noch ins Merian gehen für das Frühstück. Und ich habe auch nicht verstanden, warum jetzt ein Auto den Tramverkehr in der Innenstadt aufhält. Es sind wirklich die vielen Trams, die sich im Wege stehen. Und es ist wirklich ein Problem.

Ich möchte einfach bitten, dass man hier einmal die Fraktionszwang beiseite lässt. Wir in der Mitte sind ab und zu sehr unterschiedlicher Meinung, und das gibt auch sehr gute Diskussionen. Es würde uns freuen, wenn man jetzt hier auf der linken Seite einmal abweicht und wirklich einmal zuhört, sich fragt, ob ich das eine gute Idee finde. Ich ärgere mich selber auch. Ich bin überzeugt, es gibt einige in den zwei Fraktionen, die das auch eine gute Idee finden. Ich finde es schade, jetzt bei einer Erstüberweisung nicht dem Herz zu folgen. Aber es ist Ihre Entscheidung.

Ich bitte einfach, für die Erstüberweisung zu stimmen. Die Regierung will es entgegennehmen und wir können dann bei der zweiten Lesung schauen, ob das wirklich eine gute Idee ist. Also ich bitte wirklich jetzt auch die LDP, hier mitzustimmen. Es



wäre schön, wir könnten das knapp überweisen, aber wenn Sie nicht möchten, dann ist es anders. Ich werde am Thema dranbleiben und wir werden schauen in zwei, drei Jahren, was dann die Lösung ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung wird bestritten von Patrizia Bernasconi. Wir stimmen also darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 56 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004420, 18.09.24 21:34:41]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wurde nicht überwiesen mit 56 Nein-Stimmen gegen 36 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

36. Motion 9 der Geschäftsprüfungskommission betreffend zentrale Verantwortlichkeit in der kantonalen Informatik

[18.09.24 21:34:56, 24.5261.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte. Regierungsrätin Tanja Soland wünscht das Wort.

Tanja Soland (Regierungsrätin): Es ist klar, dass die Motion überwiesen wird. Ich wollte nur kurz erklären, warum der Regierungsrat die Motion nicht entgegennehmen möchte. Dass wir das inhaltlich diskutieren müssen, das ist klar, das machen wir auch. Wir sind vielleicht nicht ganz mit der Forderung einverstanden, aber das Thema ist wichtig, da sind wir uns einig. Aber wir gehen davon aus, dass die Motion unzulässig ist, das liegt in der Kompetenz des Regierungsrats. Wir möchten klar signalisieren, dass wir diese Motion nicht entgegennehmen wollen. Sie können uns Tips geben, mitdiskutieren, aber wir entscheiden, wie wir uns selbst organisieren.

Nichts desto trotz sehen wir die Problematik und werden uns damit befassen. Ich bitte Sie trotzdem, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an den Vertreter der Geschäftsprüfungskommission, an deren Präsidenten Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Ich wünsche nur schon deswegen im Namen der Geschäftsprüfungskommission eine Überweisung, als dass wir vielleicht vom Regierungsrat erfahren können, abgesehen davon, dass er sich tangiert fühlt in seinen Rechten, was er in der Sache von unserer Forderung hält. Wir halten als GPK eine gewisse Zentralisierung der kantonalen Informatik für dringend geboten. Nicht nur aber ganz besonders aus Sicherheitsgründen. Über die grosse Akzeptanz der Motion freuen wir uns sehr.



Dafür gibt es viele Gründe, insbesondere haben wir immer wieder Berichte vorliegen, die bei uns den Eindruck aufkommen lassen, dass in manchen Bereichen der kantonalen Verwaltung nicht einmal ganz grundlegende Sicherheitsstandards eingehalten werden. Manches wurde auch öffentlichkeitswirksam, manches wurde auch korrigiert, aber dennoch ist das ein wunder Punkt. Wir denken, es braucht eine ganz kleine stabile IT-Sicherheitsarchitektur in der kantonalen Verwaltung und dafür braucht es den Aufbau zentraler Kompetenzen bei IT BS. Wir wissen auch, dass es nicht einfach ist, zum Teil die Experten für Cybersecurity zu finden und es braucht auch eine Weisungsbefugnis gegenüber Departementen. Das ist ein zentraler Punkt.

Gestatten Sie mir auch eine persönliche Anekdote. Ich denke, dass wir hier wirklich teilweise schon in der Schweiz mit unserem «Kantönligeist» ein wenig hinter dem Mond sind. Ich habe einen Bekannten, der Bürgermeister in einer deutschen, sagen wir mittelgrossen Gemeinde ist, und in den Nachbargemeinde hat sich bei ihm das deutsche Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik gemeldet, hat darauf hingewiesen, es gebe einige IT-Sicherheitsvorkommnisse, er müsse dies und dies tun, und wenn er das nicht tue, sei innerhalb von 48 Stunden seine Website nicht mehr auffindbar. Da gibt es halt in Sachen IT-Sicherheit und digitaler Souveränität heute andere Tendenzen. Bei uns gibt es nicht nur den «Kantönligeist», sondern auch zum Teil auch das Siloturmdenken in Departementen und Abteilungen. Wir denken, da braucht es einen grundlegenden Wandel.

Unsere Motion beschränkt sich aber nicht nur auf die Frage der Sicherheitsarchitektur. Wir haben auch den Eindruck, dass gerade bei Beschaffungen durch eine bessere Koordination nicht unerhebliche Skalen und Synergieeffekte möglich sind. Wir sind natürlich im Dialog mit dem Regierungsrat und möchten dieser Forderung der Geschäftsprüfungskommission aus unserem Jahresbericht mit der vorliegenden Motion etwas mehr Nachdruck verleihen. Was wir sicher nicht wollen, ist, sämtliche Innovationen in unterschiedlichen Departementen abzuwürgen. Das liegt uns sehr fern, aber gewisse einheitliche Standards, eine gewisse Zentralisierung insbesondere im Sicherheitsbereich scheint uns wirklich dringend geboten und wir hoffen, dass wir vom Regierungsrat auch eine inhaltliche Stellungnahme bekommen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 4 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004422, 18.09.24 21:41:18]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wurde überwiesen mit 87 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

37. Motion 10 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Notlage im Asylwesen ausrufen

[18.09.24 21:41:34, 24.5273.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte und das Wort geht zuerst an Regierungsrat Kaspar Sutter.



RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Gerne nämlich Stellung zu dieser Motion im Bereich des Asylwesens. Die Situation bei der Unterbringung von Asylsuchenden ist angespannt, dies vor allem seit dem Krieg von Russland gegen die Ukraine, als innert kürzester Zeit sehr viele Menschen geflüchtet sind und zu uns nach Basel und in die Schweiz kamen.

Auch im letzten Jahr gab es in unserem Lande viele Asylgesuche und heute betreuen wir rund 3'300 Asylsuchende, die in der Verantwortung des Kantons sind. Stand heute sind die Zahlen wieder rückläufig. Wir haben in diesem Monat, das hat das SEM gerade heute kommuniziert, 26 Prozent weniger Asylgesuche als noch im August des Vorjahres. Gleichzeitig gelang es dem SEM auch, Pendenzen abzubauen.

Als der Ukraine-Krieg gestartet ist und wir mit der Situation konfrontiert waren, haben wir den Krisenstab aktiviert. Wir haben aber auch diese Herausforderung gut gemeistert. Dies hat geklappt dank der grossen Solidarität in der Bevölkerung, da viele Privathaushalte bereit waren, Ukrainerinnen und Ukrainer bei sich zu Hause unterzubringen.

Danach gab es eine gewisse Entspannung. Wir haben dann aber im letzten Jahr wieder beobachten müssen, dass die Zahlen wieder deutlich gestiegen sind, und dann haben wir im Februar 2024 auch wieder das Teilprojekt Unterbringung Asyl im Krisenstab aktiviert, nicht aber den gesamten Krisenstab. Bei der Taskforce Unterbringung Asyl treffen sich die zuständigen aus dem ganzen Kanton und organisieren und schauen, wie es gelingt, die Geflüchteten bei uns im Kanton unterzubringen. Die Anzahl der Geflüchteten, die bei uns sind, entscheiden nicht wir, das sind Zuweisungen des Bundes. Wir sind verantwortlich für die Unterbringung dieser Menschen.

Es besteht aber keine Notlage. Die Situation ist angespannt, aber bis heute ist es uns gelungen, in normalen und ordentlichen Verfahren alle Menschen, die uns zugewiesen sind, unterzubringen. Wir hatten nur einen kurzen Moment, wo wie auf unterirdischen Zivilschutzanlagen zurückgreifen mussten, aber dieser Zustand ist heute auch nicht mehr so, die Zivilschutzanlage in Brügglingen, die ja zu gewisser medialen Aufmerksamkeit geführt hat, ist zurzeit nicht genutzt, das heisst heute sind alle Menschen, die uns zugewiesen sind, wieder oberirdisch untergebracht.

Wir kennen im Asylbereich drei Situationen, die normale, die besondere und die ausserordentliche Lage Asyl. Da ist ziemlich genau definiert, was wann passiert. Wir sind zurzeit in der besonderen Lage, da kann in temporären Situationen auf unterirdische Anlagen zurückgegriffen werden. Aber wir sind auch noch nicht in der ausserordentlichen Lage.

Im Falle einer unerwarteten zusätzlichen Eskalation der Lage würde die Sozialhilfe gemäss Notfallplanung Asyl beim Regierungsrat die ausserordentliche Lage Asyl anmelden. Dann würde auch wieder die KKO aktiviert werden, damit dann die rasche Bereitstellung von zusätzlich befristeten Massenunterkünften in Turnhallen, Messehallen oder weiteren unterirdischen Anlagen in Gang gesetzt wird. Dort sind wir nicht.

Was fordert die Motion? Sie fordert Notrecht, eine Notlage auszurufen, wie das der Kanton Luzern bereits zweimal getan hat und auch der Kanton Aargau gemacht hat. In beiden Kantonen stehen dabei die Zivilschutzanlagen im Fokus. Gemeinden können gemäss der verabschiedeten Notverordnung verpflichtet werden, unterirdische Anlagen für die Unterbringung von Geflüchteten zur Verfügung zu stellen. Aber bei uns im Kanton Basel-Stadt ist die Bereitstellung von unterirdischen Zivilschutzanlagen auch ohne Ausrufung des Notstandes möglich. Das haben wir organisiert, das ist geregelt. Das ist bereit, falls es notwendig sein sollte. Und der Regierungsrat hält fest, dass wir nur unterirdisch unterbringen möchten, wenn es nicht anders geht. Oberirdisch ist besser, für die Betroffenen sowieso, aber auch für die Integration der Menschen

Ich möchte ganz kurz darauf eingehen, was eine Notlage heisst. Im Kanton Aargau ist ein Parteikollegen des Motionärs verantwortlich für die Unterbringung. Die Verordnung, die sie erlassen haben, ermöglicht dem Kanton, dem Regierungsrat die Beschlagnahmung von privaten Liegenschaften für Notunterkünfte zu veranlassen, Beschwerden gegen Beschlagnahmungen haben keine aufschiebende Wirkung und für Notunterkünfte kann die zuständige Behörde Ausnahmen von baurechtlichen Regelungen gewähren und auch Beschwerden gegen diese Bewilligungen haben keine aufschiebende Wirkung. Ich weiss nicht, ob der Motionär wirklich mit der Notlage möchte, dass der Regierungsrat diese Kompetenzen bekommt und die Rechte der Anwohner:innen entsprechend reduziert werden. Deshalb bitte ich Sie im Land des Regierungsrats, diese Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Ich danke Regierungsrat Kaspar Sutter für die inhaltliche Präzisierung. Es ist wieder einmal so weit, wir befinden uns im Wahlkampf. Diese wie auch die nachfolgende Motion der SVP-Fraktion zielen einzig und allein darauf, ein Bedrohungsszenario im Asylwesen heraufzubeschwören und Ängste in der Bevölkerung zu schüren. Es erstaunt deshalb nicht, dass beide Motionen nur von Mitgliedern der SVP unterzeichnet wurden und dies entlarvt die bewusst gewählte ausgrenzende Wahlkampftakt.

Das GAB lehnt diese und auch die folgende Motion in aller Deutlichkeit ab. Beide Motionen sind sehr gefährlich und reihen sich ein in den aktuellen ausgrenzenden Diskurs gegenüber Menschen, die sich vor Krieg und Verfolgung auf der Flucht



befinden oder gegenüber Menschen, die aufgrund von Armut oder fehlenden Lebensperspektiven migrieren. Dieser seit Jahren konstruierte rechtspopulistische Diskurs führt zu einem Europa der Abschottung, der Angst und verhindert die notwendige Solidarität zwischen den Menschen, aber auch zwischen den Nationen.

Nun aber konkret zur Motion: Beat Schaller und die SVP möchten gerne die Notlage im Asylwesen ausrufen, damit kantonale Dienststellen rascher agieren und entsprechende Ressourcen bereitstellen können. Ja, dies wäre ja eigentlich noch löblich, doch darum geht es der SVP nicht wirklich.

Erstens, es besteht zurzeit in der Schweiz keine Notlage. Der Bundesrat hat diese aufgrund der grossen Fluchtbewegung von Menschen aus der Ukraine nach dem russischen Angriffskrieg im März 2022 ausgerufen. Dies war damals notwendig, um eben die notwendigen Unterstützungsleistungen und die Einführung auch der Schutzstatus S auf den Weg zu bringen. Im August 2023 hat die Regierung die Notlage wieder aufgehoben, weil der unmittelbare Druck abgenommen hat.

Zweitens, der Kanton Basel-Stadt ist vorausschauend unterwegs und versucht mit diversen Massnahmen, insbesondere bei der Unterbringung von Asylsuchenden, die notwendige Infrastruktur bereitzustellen. Situationen von offensichtlich fehlender Wohnmöglichkeit, wie beispielsweise in einzelnen Gemeinden im Kanton Basel-Landschaft oder in Kantonen wie vielleicht dem Kanton Luzern bestehen bei uns selten und wenn, dann nur temporär. Es ist an der Politik und der Verwaltung, dies weiterhin auf dem Schirm zu haben.

Drittens, die gewünschte Bildung einer Taskforce ist reine Augenwischerei, denn die bereits bestehende Asylkoordination hat ja schon genau diese Aufgaben, wie beispielsweise interdepartemental zu diversen Fragen im Bereich Asyl zu koordinieren. Und jetzt habe ich auch noch gehört, dass es ja sogar schon eine Taskforce Unterbringung gibt, die sich genau diesem Thema widmet.

Worum geht es als der SVP und Beat Schaller? Es geht einzig und allein darum, mit der Ausrufung der Asylnotlage dem SVP-Wahlprogramm zusätzliche Aufmerksamkeit zu ermöglichen und vor allem in der Bevölkerung weiter Angst zu schüren. Die Motion verlangt, die entsprechenden personellen Ressourcen raschmöglichst vorzusehen und deswegen bräuchte es die Ausrufung der Notlage, um der Problematik Herr zu werden. Ich frage mich schon, was die SVP als Notlage bezeichnet. Ich habe da ganz andere Bilder vor Augen, zum Beispiel aktuell aus Polen oder aus Wien. Welche Notlage und welche Probleme meinen die SVP? Geht es um Massnahmen, damit die Integration besser gelingen kann und die Lebensrealität der Asylsuchenden verbessert wird? Denn diese Notlage besteht auch seit Jahren und wir müssen da dringend nachbessern und beispielsweise die soziale Situation der hier lebenden Menschen verbessern.

Aber wie wir alle wissen, geht es der SVP sicher nicht darum, und deshalb ist es halt so, dass mit aller Mühe zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Motion es bei einer reinen rechts-populistischen Wahlmotion bleibt. Es freut mich deshalb, dass alle anderen Fraktionen dies durchschaut haben und die Motion ablehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Reihe ist an Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Nach den Grenzschiessungen, der Zahlkarte für Asylsuchende, nach diversen Motionen und Anzügen, dass man jetzt unbedingt die Grenzen verstärken muss, die Grenzwachtruppen aufbauen muss, reden wir jetzt noch über den die Notlage im Asylwesen, die ausgerufen werden soll.

Ich möchte schon mal noch in Erinnerung rufen: Wenn wir von einer Notlage reden, dann liegt die nicht in Luzern oder in Basel-Stadt, sondern in der Tatsache, dass derzeit weltweit über 43 Millionen Menschen auf der Flucht sind aufgrund von Krieg, aufgrund von Verfolgung, Hunger und Menschenrechtsverletzungen. Und diese Krise ist die wahren Notlage, der wir mit Solidarität und Menschlichkeit begegnen müssen, anstatt den Asylsuchenden die Schuld für die Überforderung einzelner Kantone zuzuschieben. Ich bin froh, dass das bei dieser Motion geklappt hat, bei der nächsten ja leider nicht, dass sich alle in diesem Saal gegen diese, wirklich, ich muss es so benennen, hetzende Kampagne stellen können.

Die Lösung liegt eben nicht in der Schaffung von temporären Krisenmechanismen, die Sie dann laut fordern können, sondern sie liegt darin, dass wir diesen Krisen so begegnen, wie wir die Ressourcen und Institutionen haben, die entsprechend ausgestattet sind, um sie zu handeln. Und diese vorgeschlagene Unterbringung in Zivilschutzanlagen oder anderen einfach abgelegenen Strukturen mag kurzfristig populistisch sehr attraktiv erscheinen, aber ich möchte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SVP, ich möchte Sie dann wirklich auch mal sehen, diesen Menschen, die diese Wege hinter sich haben, ins Gesicht zu sagen: Ja, die korrekte Unterbringung für dich im Kanton Basel-Stadt ist unterirdisch ohne Fenster, mit mehreren Leuten in einem Raum.

Einfach für die Klarstellung: Wir reden dann von Leuten, die minderjährig geflüchtet sind, von vulnerablen Personen. Es wird alles in einen Topf geworfen, ist ja egal, Asylmigranten heisst es, einfach Draufhauen, so. Das Schlimme ist ja, wir stellen uns in diesem Saal die ganze Zeit immer wieder dieser Debatte und wenn wir ehrlich sind, dann merken wir ja auch, dass wir ein wenig abstumpfen. Und ich finde es schon auch noch wichtig, dass wir uns ins Bewusstsein rufen, dass es hier konkret



um Menschen geht, die hierhin flüchten und denen wir auf eine Art und Weise begegnen sollten, indem wir nicht populistisch in einen Wind schreien, es brauche jetzt eine Notlage, sondern indem wir die Situation meistern, so wie Regierungsrat Kaspar Sutter es beschrieben hat.

Ich plädiere dafür, dass wir den Blick auf die eigentliche Notlage lenken, auf die Millionen Menschen, die gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen und die Schweiz und der Kanton Basel-Stadt als einer der wohlhabendsten Kantone dieser Schweiz hat nicht nur die moralische Verantwortung, sondern auch die notwendigen Ressourcen, um diesen Menschen eine faire Chance und ein menschenwürdiges Leben zu bieten.

Die Ausrufung eines Asylnotstandes mag Ihnen kurzfristig ein paar Likes und Views bringen, langfristig ist es aber so, wie Oliver Bolliger das beschrieben hat: Sie bringt uns in eine Gesellschaft, die noch polarisierter, noch aggressiver aufeinander zugeht und die am Ende – und davon bin ich fest überzeugt – niemandem in diesem Kanton Basel-Stadt hilft, ausser vielleicht ganz kurzfristig elektoral einer Partei rechtsausen. Ich bitte Sie darum, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an den Motionären Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Einmal mehr ist die SVP der einsame Rufer in der Wüste, der vor einem Problem nicht die Augen verschliesst oder es schönredet, sondern der das Problem klar benennt und eine Vorgehensweise präsentiert.

Die Akzeptanz unserer Asylpolitik steht in der Bevölkerung auf der Kippe. Damit wir diejenigen, welche wirklich bei uns Schutz beanspruchen dürfen, auch wirklich unterstützen können, müssen wir scharf trennen zwischen ihnen und denjenigen, welche aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen, ganz zu schweigen von denjenigen, welche aus ihr ideologischen oder religiösen Gründen die westlichen Länder, eben auch die Schweiz, destabilisieren wollen. Wer unter dem Deckmantel von Asyl delinquent hat kein Recht auf Schutz und Unterstützung.

Und für uns in der SVP ist es unverständlich, dass die illegale Migration in die Schweiz einfach als *fait accompli* akzeptiert wird. Das Resultat ist offensichtlich, die unkontrollierte, teilweise illegale Einwanderung in die Schweiz ist ungebremst hoch. 2023 kamen 30'000 Asylsuchende aus der ganzen Welt in unser Land. Die Mehrheit mit Hilfe von kriminellen Schlepperbanden, durch eine Vielzahl von sicheren Drittländern und damit ist das Dublin Abkommen ja eine komplette Farce geworden. Die Folgen sehen wir, Kosten, Kriminalität explodieren, 2021 gab der Bund für den Asylbereich 1,5 Milliarden Franken aus, 2023 waren jetzt bereits 3,5 Milliarden, rund 1600 Franken für eine vierköpfige Familie. Dazu kommen die Kosten bei den Gemeinden, Schulen, Kantonen, und es gibt keinen Tag oder kaum einen Tag ohne Gewalt und Sexualdelikte, Einbrüche und Diebstähle.

Man muss schon eine gehörige Portion Realitätsverlust haben, um dies abzustreiten und ja, die Debatte um die Migration ist grösstenteils eine Debatte der verschlossenen Augen. Und wir in der SVP verschliessen die Augen eben nicht. Als Politiker sind wir alle verpflichtet, für den Schutz der Bevölkerung zu sorgen und hochinteressant, wenn Sie jetzt diese Voten vorher angehört haben, der Schutz der Bevölkerung ist praktisch nicht zur Sprache gekommen. Wir müssen das tun, speziell jetzt, wenn schon bedenkliche Entwicklungen im Gange sind. Wir sind verpflichtet, alles vorzukehren, um die Situation in den Griff zu bekommen.

Die Unterbringung von uns aufgezwungenen Migranten, die offensichtliche überproportionale Kriminalität eines Teils der Migranten haben Ausmasse erreicht, welche unsere Bevölkerung an ihre Grenzen bringt. Und dann wird es für alle, für die Bevölkerung und für die Migranten hoch gefährlich und wir müssen dem Gegensteuer geben. Ein Mittel dagegen ist eben die Ausrufung einer Asylnotlage. Ich verstehe es ja, wenn Sie das krass finden, aber noch krasser sind Zustände wie zum Beispiel in Deutschland. Wollen wir es wirklich so weit kommen lassen? Wir können mit dieser Ausrufung den Aufbau einer Taskforce sehr schnell vorantreiben, einer Taskforce mit wirklich allen relevanten Playern in dieser Frage, welche sich schnell um Lösungen um die gesamte Bandbreite der Migrationsherausforderung, nicht nur die Unterbringung, um die gesamte Bandbreite kümmern.

Dänemark, Schweden und die Niederlande setzen eine härtere Gangart um. Sind diese Länder auf dem Holzweg? Nein, sie sind es nicht. Sie haben einfach den Ernst der Lage erkannt und sie handeln so, wie wir es auch in Basel tun müssen. Deshalb, namens der SVP bitte ich Sie, die Motion zu überweisen und ich danke Ihnen dafür.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

11 Ja, 80 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004424, 18.09.24 22:00:28]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung der Motion wurde abgelehnt mit 80 Nein-Stimmen gegen 11 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

38. Motion 11 Joël Thüring und Konsorten betreffend keine Asylunterkünfte mehr in Wohnquartieren

[18.09.24 22:00:43, 24.5274.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte und zuerst hat Regierungsrat Kaspar Sutter das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Um nach meinen Vorrednern noch einmal klarzustellen: Die Anzahl Menschen, die uns zugeteilt werden, liegt nicht in unserer Kompetenz. Es liegt nicht in der Kompetenz des Kantons. Die Gründe für die Flucht liegen in den Ursprungsländern, weil dort totale Regimes herrschen wie die Taliban, weil ein Krieg herrscht, weil Menschenrechte missachtet werden, weil die Menschen Hunger haben. Dann hängt es davon ab, wie die Fluchtrouten ausgestaltet sind. Zurzeit kommen weniger Menschen in nach Europa und die Schweiz, weil die Fluchtrouten deutlich geschlossener sind als noch vor einem Jahr. Das ist der Grund.

Und dann werden sie uns zugeteilt. Wir haben als Kanton keinen Einfluss darauf, wie viele Menschen uns zugeteilt werden. Einfach das nochmals zur Wiederholung. Dann sagt das schweizerische Asylgesetz, dass wir die Menschen, die uns zugeteilt werden, unterbringen müssen, Minderjährige dabei kindsgerecht betreut und untergebracht werden. Die Situation ist angespannt, ich habe es vorhin gesagt, aber bis jetzt ist es uns gelungen, die Menschen in Unterkünften oberirdisch unterzubringen, bis auf die eine Ausnahme, wo wir vorübergehend in Brugglingen Menschen unterirdisch umgebracht haben.

Wir bringen diese Menschen unter, wir stellen ihren Grundbedarf des Lebens sicher und die Gesundheitsversorgung. Dafür erwarten wir von den Menschen, die hier ankommen, dass sie die Sprache lernen, dass sie arbeitsmarktfähig werden und dann einer Arbeit nachgehen. Wir erwarten von ihnen, dass sie die hiesigen Gesetze einhalten und sich in unsere Gesellschaft integrieren.

Die Motion will keine Asylunterkunft in den Quartieren. Wo bitte sollen die Menschen dann sein, wenn nicht in den Wohnquartieren? Die Quartiere decken die ganze Stadt ab. Jetzt könnte man noch argumentieren, Riehn und Bettingen seien keine Quartiere, sondern Landgemeinden. Man kann sie dort unterbringen. Ich denke nicht, dass der Motionär das gedacht hat. In Industrie- und Grünzonen, auf Landwirtschaftsareal und im Wald ist Wohnen nicht zulässig. Es gibt schlicht keinen anderen Ort als Wohnquartiere für die Unterbringung von Menschen, die wohnen müssen. Das ist so simpel.

Meint der Motionär unterirdische Zivilschutzanlagen? Dies will der Regierungsrat möglichst vermeiden. Menschen, die uns zugeteilt werden, bleiben meistens mehrere Jahre in der Schweiz und wir haben ein grosses Interesse, dass diese Menschen sich hier integrieren und Teil der Gesellschaft werden. Der Sicherheit in Basel dient die Unterbringung in Zivilschutzanlagen nichts. Erfahrungsgemäss ist die Sicherheitslage im Kollektivzentren und Zivilschutzanlagen problematischer, weil die Personen längere Zeit eng zusammenleben müssen ohne Privatsphären.



Wir bemühen uns auch um eine Verteilung auf das ganze Stadtgebiet. Und wenn dann aber eine Unterkunft eröffnet wird im Neubad, in unmittelbarer Nachbarschaft zu meinem Haus, dann ist es auch wieder nicht okay aus Sicht der SVP. Aufgrund des Liegenschaftsmarktes ist es schwierig, eine gleichmässige Verteilung zu erreichen. Wir müssen am Ende des Tages schauen, was der Markt hergibt, wo wir Unterkünfte kaufen oder mieten können. Wie gesagt, alternative Unterbringungsmöglichkeiten gibt es nicht.

Und dann wäre noch die Frage bei den Zivilschutzanlagen, wo diese denn sind. Diese Zivilschutzanlagen sind alle auch in den Quartieren. Wenn wir die ausserordentliche Lage haben, dann ist möglich, dass wir Menschen wieder in den Zivilschutzanlagen unterbringen müssen. Aber die sind auch in Quartieren, mit Ausnahme vielleicht von Brügglingen, aber alle anderen Zivilschutzanlagen, über die wir als Stadt Basel und Kanton verfügen, die liegen auch in Wohnquartieren.

Also ich bin sehr gespannt zu hören, auch von der LDP, wo dann diese Menschen sein sollen, wenn nicht in den Wohnquartieren. Deshalb bitte ich Sie im Namen des Regierungsrates, diese Motion abzulehnen, weil sie schlicht nicht umsetzbar ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Melanie Nussbaumer.

Melanie Nussbaumer (SP): Ich weiss nicht, wie es Ihnen geht, ich bin auf jeden Fall müde. Ich bin müde, weil 22 Uhr ist, aber ich bin auch müde, weil sich dieses Spiel der SVP immer und immer wiederholt. Ich will deshalb gar nicht lange zu dieser menschenfeindlichen Motion sprechen, denn es beelendet mich. Es beelendet mich, dass auf Kosten von Asylsuchenden immer und immer Wiederwahlkampf von Seiten der SVP gemacht wird. und dann jetzt im Falle der Unterkunft im Neubad auch sogar noch auf dem Rücken von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden.

Und es beelendet mich, wenn ich ganz ehrlich bin, auch, dass die LDP da mitmacht. Nächsten Sommer kommt dann wahrscheinlich wieder eine Plakatserie von der LDP, auf denen sie sich als diversitätsoffen gibt und in verschiedenen Sprachen allen Einwohnerinnen und Einwohnern schöne Ferien wünscht. Ah, jetzt haben wir es verstanden, für Menschen, die auf der Flucht sind, die vor Krieg und gewalttätigen Diktatoren flüchten, für die ist wahrscheinlich dieser Wunsch nicht gedacht. Personen, ja auch Frauen, die zum Beispiel aus Afghanistan, aus einem Frauen verachtenden Regime geflüchtet sind, sollen also gemäss SVP und auch LDP an den Rand der Stadt, ausserhalb von Wohnvierteln, und sie sollen in den Untergrund, in Zivilschutzanlagen ohne Fenster.

Gleichzeitig fordern die SVP und die LDP immer wieder, dass sich Asylsuchende besser integrieren sollten. Das haben wir vorher schon wieder gehört. In Bundesbern aber verhindern die Rechten jegliche Vorstösse, welche die Arbeitsintegration erleichtern würden, und hier in Basel wollen sie nun auch noch die Asylsuchenden aus den Wohnquartieren verbannen. Sie schaffen also schlussendlich so hohe Hürden, dass sogar integrationswillige Asylsuchende praktisch keine Möglichkeiten mehr haben, sich überhaupt zu integrieren.

Aber auch wir alle werden bei solch einer Separation weniger Möglichkeiten haben, in den Kontakt zu treten mit asylsuchenden Personen. Und je weniger Kontakt die Bevölkerung mit Asylsuchenden hat, desto eher steigen auch die Ressentiments. Aber das ist ja genau das, was die SVP auch will. Sie schafft wie immer Probleme, die sie dann immer und immer weiter bewirtschaftet, und das alles aus dem einzigen Grund, Fremdenfeindlichkeit zu fördern, ja leider sogar Hass zu verbreiten. So etwas nennt man Brand stiften. Dass die LDP dabei mitmacht, ist ein Trauerspiel und sollte die Wahlbevölkerung erfahren. Allen anderen Fraktionen, auch den bürgerlichen Fraktionen, die da nicht mitmachen. danke ich. Somit bitte ich Sie, diese Motion klar und deutlich abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Es tut mir natürlich leid, dass wir sie beelenden, es ist ganz ehrlich gesagt nicht unsere Absicht. Ich stehe jetzt hier als liberaler Grossrat tatsächlich vor einer Herausforderung. Da haben Sie Recht, und das haben wir auch in der Fraktion so besprochen, nämlich die Balance zu finden zwischen einer humanitären Verpflichtung, die wir alle haben, und den berechtigten Anliegen aber auch von unserer Bevölkerung. Jetzt haben wir gesehen, wo die Asylunterkünfte sein sollten oder sind, zum Beispiel Kleinbasel, Erlenmatt, Heuwaage, wo langjährige Mieter:innen gewohnt und gelebt haben, und dann hat es geheissen, das Haus werde abgerissen. Und dann sind sie alle ausgezogen oder hinausgebeten worden. Jetzt sind dort Asylsuchende. Ja, es ist nicht einfach, es ist so. Ich mache nun überhaupt nicht auf Wahlkampf, denn das ist mir zuwider. Und das beelendet mich, dass wir die Debatte auf den Wahlkampf herunterbringen und das Bashing von Parteien ist nicht unser Stil.



Also warum unterstützen wir jetzt die Motion Thüring, die darauf abzielt, die Ansiedlung von neuen Asylunterkünften in unseren Wohnquartieren zu stoppen. Und dann fragt der Regierungsrat, wo es denn ausserhalb der Wohnquartiere Möglichkeiten gebe. Ich glaube schon, dass es die Möglichkeiten gibt in unserer Stadt, und wenn ich so umherschau, also auf dem Bruderholz habe ich jetzt nie irgendetwas gehört von einer Asylunterkunft, in Riehen in Bettingen habe ich auch noch nichts gehört von einer Asylunterkunft. Es ist schon erstaunlich, dass es dann das Kleinbasel ist und die Innenstadt oder irgendwo sonst. Für die Zeit, die es braucht, zum die Gesuche anzuschauen und zu schauen, ob die Menschen dann tatsächlich auch bei uns integriert werden oder nicht, dauert nicht ewig, das hoffe ich jedenfalls sehr. Ich glaube, dort muss man ansetzen und sagen, eigentlich ist unser Interesse, dass, wenn jemand Asyl bei uns sucht und tatsächlich bekommt, ihn so rasch als möglich dort wohnen lässt, wo Sie, Herr Regierungsrat, wohnen, oder wo ich wohne. Das ist eigentlich das Ziel schlussendlich.

Also hören wir auf mit dem Wahlkampfgetöse und Bashing von Parteien, suchen wir nach Lösungen. Joël Thüring hat jetzt einfach gefunden, er nehme auf, was die Bevölkerung im Neubad gesagt hat. Ich selber war nicht dabei, aber ich habe mich informieren lassen. Dort ist auch nicht alles nur rosig gesehen worden, viele waren dagegen und sie haben gepoltert und gemacht und gesagt, ihr Haus verliere an Wert. Es hat solche Voten gegeben. Die Mehrheit hat ein Problem damit. Wir haben die Motion Schaller aus diversen anderen Gründen nicht unterstützt, aber Beat Schaller hat einiges gesagt, das schon auch nicht ganz unwahr ist. Wir sind hier in einer Bubble drin und diskutieren, aber was wirklich draussen auf der Strasse, auf der Gasse abgeht, in den Quartieren abgeht, das ist dann noch einmal etwas anderes. Und das ist halt die andere Ansicht, die ich habe und darum unterstützen wir jetzt diese Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Tonja Zürcher und Beda Baumgartner möchten Ihnen Zwischenfragen stellen. Sie werden abgelehnt. Wir kommen damit zum nächsten Einzelsprecher Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (GAB): Die Forderung, keine neuen Asylunterkünfte in Wohnquartieren zu errichten, ist nicht nur kurzfristig und gefährlich, sondern, wie Regierungsrat Kaspar Sutter ausgeführt hat, auch einfach nicht möglich auf unserem Boden. Sie verschärft das Problem der gesellschaftlichen Spaltung, anstatt nach echten Lösungen zu suchen. Der Vorschlag, geflüchtete Menschen in Zivilschutzanlagen unterzubringen, ist menschenunwürdig und inakzeptabel. Diese Anlagen sind für Notlagen und kurzzeitige Aufenthalte gedacht, nicht für den dauerhaften Aufenthalt von Menschen, die oft traumatische Fluchterfahrungen hinter sich haben.

In einem Punkt gebe ich den Motionär:innen sogar recht. Die meisten Unterkünfte konzentrieren sich auf Kleinbasel. Ich fände es auch gut, wenn diese mehr über die Stadt verteilt würden. Das wird ja jetzt auch gemacht. Es gibt das Beispiel Neubad. Ich finde, das soll weiter so gemacht werden, damit mehr Menschen in unserer Stadt mit der Lebensrealität von Menschen mit Fluchterfahrung in Kontakt kommen. Gemeinsames Leben im Quartier ermöglicht es den Bewohner:innen, Vorurteile abzubauen und sich gegenseitig als Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen kennenzulernen. Das subjektive Sicherheitsempfinden schwindet sicher nicht aufgrund von Asylunterkünften in Wohnquartieren, sondern aufgrund von Vorstössen wie diesen. Deshalb hören Sie auf mit dieser Angstmacherei, so könnten Sie auch tatsächlich einen Beitrag zum Sicherheitsempfinden in dieser Stadt leisten.

Und nun zu einer Behauptung, welche die SVP immer wieder und jetzt gerade auch Raoul Furlano bewusst und falsch in ihrer Erzählung verwenden, die Behauptung, die Errichtung von Asylunterkünften oder von Häusern verdrängte langjährigen Mieter:innen. Es ist schlicht falsch. Es stimmt, dass die Verdrängung aus bezahlbarem Wohnraum ein ernstzunehmendes Problem ist. Allerdings resultiert diese Problematik aus der Profitgier einzelner Miethaie, denn die Massenkündigungen im besagten Haus an der Inselstrasse haben bereits stattgefunden, bevor überhaupt irgendein Plan existierte, dort geflüchtete Menschen unterzubringen. Dass diese Wohnungen jetzt an den Kanton vermietet werden, macht diese Massenkündigungen weder besser noch schlechter. Die SVP ist sich hier aber nicht zu schade, die Fakten so zu verdrehen, nur damit es in ihr fremdenfeindliches Narrativ passt. Die Schuld an der Wohnungsnot auf Geflüchtete zu schieben, ist unehrlich und schürt Ressentiments, anstatt sich eigentlichen Ursachen zu widmen, wie zum Beispiel mangelnden Investitionen in sozialen Wohnungsbau.

Dass die LDP diese Motion unterstützt, finde ich ein trauriges und gefährliches Signal. Sie beteiligt sich daran, Stimmung gegen schutzbedürftige Menschen zu schüren. Liebe Mitte, liebe FDP, das ist die Politik eurer Bündnispartner:innen im Wahlkampf um den Regierungsrat. Bravo. Ich bin natürlich trotzdem froh, dass Sie jetzt diese unsägliche Motion ablehnen, ich möchte Sie auch nicht davon abhalten, bei Ihrer Meinung zu bleiben und danke Ihnen dafür.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zum Motionären Joël Thüring.



Joël Thüring (SVP): Der Regierungsrat hat vielleicht meine Motion nicht richtig gelesen. Ich sage nicht, dass es keine Asylunterkünfte mehr geben darf, sondern es sollen keine neuen Asylunterkünfte mehr errichtet werden. Herr Regierungsrat Sutter, beim Vorstoss Schaller haben Sie ja vorher gesagt, die Asylzahlen sinken, dann brauchen Sie auch keine neuen Asylunterkünfte mehr zu errichten, weil die Zahlen sinken ja. Aber eben, Sie haben leider vergessen, dass die Zahlen mit über 18'000 in diesem Jahr schon heute höher sind als in den Jahren 2017, 2018, 2019, 2020 und 2021 die Zahlen sind eben weiterhin sehr hoch und deshalb besteht die Gefahr, dass Sie weiterhin in anderen Wohnquartieren auch Asylunterkünfte errichten wollen. Und hier sind wir der Meinung, das geht so nicht.

Ich muss schon auch ein bisschen erstaunt sein, wenn der SVP mit dieser Motion Fremdenhass, Fremdenfeindlichkeit vorgeworfen wird und seitens des Grossratspräsidiums bei solch unhaltbaren Anwürfen nicht eingeschritten wird. Offenbar ist auch das Grossratspräsidium in der Zwischenzeit taub auf den Ohren, wenn hier einseitig gegen Vorstösse einer doch nicht ganz kleinen, etwas relevanteren Partei Stimmung mit wirklich deplatzierten Voten gemacht wird. Hier wünschte ich mir schon, dass man vielleicht auch einmal eingreift, wenn es aus diesem Lager oder dieser Ecke kommt.

Der Vorstoss von mir verlangt nichts, was nicht auch viele Menschen in den Quartieren tatsächlich wollen. Ich kann Ihnen sagen, nach diesem Hotelkauf des Kantons an der Reiterstrasse haben sich bei mir Menschen gemeldet, die nicht aus meinem politischen Spektrum kommen, die in gut fünf Wochen andere Parteien wählen werden – GLP, FDP und vieles andere – Sie unterstellen jetzt also all diesen Menschen, dass sie fremdenfeindlich sind und etwas gegen Asylmigranten haben. Und das ist eben genau diese Tonalität, die mich in der gesamten Asyldebatte derart stört. Sie nehmen Ängste und Sorgen der Bevölkerung nicht ernst. Sie tun Sie ab als rechtsausen, als fremdenfeindlich und noch ganz anders. Sie machen diesen Fehler ja überall, nicht nur in der Schweiz. Was hat es gebracht? Rechtsausenparteien, die weit ausen rechts sind, wurden bei den Wahlen gewählt, weil die Bevölkerung dieses Asylproblem anders bewertet als Sie. Akzeptieren Sie das. Und Regierungsrat Kaspar Sutter, ja, wir können diese Motion vergessen, wenn Sie sich an anderer Stelle dafür einsetzen, dass dieses Asylchaos endlich ein Ende findet. Deutschland, geführt von einem Parteifreund von Ihnen, in einer Mitte-Links-Koalition, hat landesweit Grenzkontrollen eingeführt. Deutschland schiebt nach Afghanistan ab, in ein Land, das sich angeblich im Krieg befindet.

Regierungsrat Kaspar Sutter hat in seinem Votum selbstverständlich auch unterschlagen, dass die Mehrheit der Asylmigranten, die in die Schweiz kommen, ja gar nicht auf diesen Ländern kommen. Wir wissen ja, woher diese Menschen kommen. Sie tauchen in den Statistiken auf, sie tauchen aktuell sogar noch mehr in unserer Statistik auf, weil sie Deutschland zurückweist. Im AIG, im Ausländer- und Integrationsgesetz, haben die illegalen Einreisen um 80 Prozent zugenommen, hauptsächlich wegen den illegalen Einreisen. Und das sind nicht in erster Linie Schutzbedürftige aus der Ukraine. Das sind Menschen aus anderen Ländern, die zum grössten Teil hier auch keinen Asylanspruch haben.

Wir können die Situation schönreden, wir können behaupten, das sei Wahlkampf, oder wir nehmen es ernst. Die Bevölkerung in den Wohnquartieren möchte keine neuen Asylunterkünfte. Es gibt ausreichend Asylunterkünfte im Kanton Basel-Stadt, und ja, wenn es hart auf hart kommt, dann ist auch eine Zivilschutzanlage zumutbar. Zivilschutzleistende, Armeeangehörige sind auch in solchen Anlagen, und wer an Leib und Leben bedroht ist und hier Schutz haben möchte, den stört es in keiner Weise, wenn er in einer solchen Unterkunft untergebracht werden muss. Das ist also aus meiner Sicht wirklich ein fadenscheiniges Argument.

Ich bitte Sie deshalb im Interesse der Bevölkerung, in den Wohnquartieren, nicht nur im Neubad, auch an anderer Stelle in diesem Kanton diese Motion an den Regierungsrat zu überweisen. Denn Nicola Goepfert, mittel- und langfristig wird es wieder so sein, dass Mieterinnen und Mieter aus kostengünstigem Wohnraum vertrieben werden oder ihn nicht mehr zur Verfügung gestellt bekommen, weil der Kanton als solventer Käufer Liegenschaften übernehmen kann und dort dann wieder Asylmigranten unterbringen kann.

Deshalb bitte ich Sie, diese Motion an den Regierungsrat zu überweisen, damit wir auch ein Signal aussenden, das wir nicht möchten, dass weitere solche Asylunterkünfte eröffnet werden. Es wird dadurch keine, die bereits besteht, geschlossen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

24 Ja, 69 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004427, 18.09.24 22:21:27]



Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wurde nicht überwiesen mit 69 Nein-Stimmen gegen 24 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Da ich angesprochen wurde, möchte ich ein kurzes Statement zum Thema Parteienschelte und so weiter geben. Es gibt Themen, die sind anstrengend, aber ich glaube, es ist im Sinne all jener, auch die, die fordern, dass man die anderen beschneidet in ihren Aussagen, dass hier Redefreiheit ist. Wir sind ein Parlament. Aber natürlich bin ich bereit einzuschreiten, wenn Leute beleidigt werden. Es gibt einfach Debatten, die sind aufgeheizt, aber das liegt an Ihnen.

Es gibt einen Ordnungsantrag, und zwar beantragt Erich Bucher, die Motionen 12 und 13, also die Traktanden 39 und 40 heute noch zu behandeln. Möchten Sie begründen? Es wird nicht begründet. Wir stimmen über diesen Antrag ab.

Das heisst wenn Sie dem zustimmend behandeln wir noch die Traktanden 39 und 40 das sind die nächsten beiden. Wenn Sie das ablehnen, dann machen wir Feierabend. Ja heisst Zustimmung zum Ordnungsantrag und Weiterbehandlung dieser beiden Traktanden, Nein heisst Ablehnung des Antrags. Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Ordnungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 44 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004429, 18.09.24 22:23:13]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Ordnungsantrag zuzustimmen und die Sitzung nach Beendigung von Traktandum 40 abschliessen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich entschieden, weiterzuberaten mit einer hauchdünnen Mehrheit von 45 Ja-Stimmen gegen 44 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen. Das spricht für ihre Arbeitsmoral.

39. Motion 12 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Neues Steuerpaket- Kaufkraft bei der Bevölkerung statt Überschüsse beim Kanton

[18.09.24 22:23:29, 24.5276.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte und das Wort geht an Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Die EVP unterstützt die Stossrichtung der Motionen Amiet und Urgese. Bei der Steuersenkung werden wir die Entwicklung der Diskussion genau verfolgen. Je nachdem werden wir unsere Haltung modifizieren, Anpassungen fordern oder auch unterstützen.

Ich halte mich kurz und ich spreche gleich zu beiden Motionen. Zuerst zur Forderung nach Steuersenkungen. Bei der Kantonsrechnung hatten wir ja über viele Jahre hohe Überschüsse. Der Kanton hat mehr Geld eingenommen, als er für



seine Aufgaben braucht, oder anders ausgedrückt, es wird zu viel Geld von den Steuerzahlenden eingenommen. Eine Steuersenkung liegt somit für uns klar auf der Hand.

Zur Situation von Riehen: Hier haben wir eine Besonderheit, das heisst Riehen hat wie Bettingen einen anderen Steuersatz als Basel, das heisst eine Senkung wirkt sich auch auf die Einnahmen der beiden Landgemeinden aus. Wir gingen davon aus, dass der Rieger Gemeinderat darlegen wird, welche Auswirkungen eine Steuersenkung für Riehen hätte. Diese Überlegungen werden wir in unserer Entscheidungsfindung berücksichtigen. Wir unterstützen also die Stossrichtung, werden je nachdem Anpassungen fordern oder unterstützen.

Zur jährlichen Anpassung des kantonalen Einkommenssteuerfusses: In Riehen haben wir damit gute Erfahrungen gemacht. Je nach finanzieller Entwicklung kann der Grosse Rat den Steuerfuss erhöhen oder senken, und falls ein politisches Lager es übertreibt und sich vielleicht im Rat einfach knapp durchsetzen kann, ist ein Referendum möglich. Das letzte Wort hat dann die Bevölkerung.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, namens der EVP bitte ich Sie, die beiden Steueremotionen zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GAB): Die Auswirkungen der letzten Steuersenkungen von 2023, also nicht einmal ein Jahr her, sind kaum verdaut und schon wird die nächste gefordert. Da frage ich mich, sind Sie der Präsentation des Budgets nicht gefolgt? Es geht mir dabei nicht um das Minus, sondern es geht mir um die Ausgaben und Prognosen, die dort gemacht wurden. Für den Fall, dass Sie der Medienkonferenz nicht gebannt gefolgt sind, erlaube ich mir, hier die wichtigsten Punkte zu wiederholen.

Der Kanton rechnet mit höheren Ausgaben. Das Investitionsvolumen wird zunehmen. Die Steuereinnahmen werden voraussichtlich stagnieren. Zusätzlich werden wir einen höheren Betrag in den nationalen Finanzausgleich leisten müssen, und von der Nationalbank wird weniger Geld zu erwarten sein als in den Jahren, bevor es gar kein Geld gab. Also ein bisschen mehr, aber auch nicht mehr so viel wie früher.

Das alles zeigt uns doch, jetzt ist nicht die Zeit für Steuersenkungen, sondern wir müssen unsere Mittel und langfristigen Ziele im Auge behalten und die Finanzierung dafür sichern. In einem reichen Kanton Politikerin oder Politiker zu sein ist etwas Wunderbares. Wir haben die Möglichkeit, den Kanton relativ frei zu gestalten. Wir können Anreize schaffen. So haben wir beispielsweise heute stillschweigend eine Motion überwiesen zur Schaffung kantonaler Förderbeiträge für Photovoltaikanlagen, zusätzlich zur Bundesförderung. Wir können uns auch eine Tagesbetreuung, eine Tagesbetreuung leisten, die andere Kantone erlassen lässt von Neid. Aber dieser Gestaltungsspielraum kostet, und der wird auch noch kosten, wenn die Einnahmen nicht mehr so übermässig sprudeln. Ja, wir hatten 2023 ein sehr gutes Ergebnis. Aber die Folgen des letzten Steuerpakets sehen wir erst im Abschluss 2024.

Es ist jetzt schlicht zu früh, um weitere Steuersenkungen zu fordern. Warten wir doch ab, was die nächsten Jahre bringen, beobachten wir die Situation und fällen wir dann eine Entscheidung, die Grundlagen hat und die sich auch mit den Einnahmen verträgt.

Das GAB bittet Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir haben die Steuern gesenkt, wir haben den strukturellen Überschuss abgebaut. Und das Geld, die Überschüsse – ich sage es immer wieder -, gehen nicht in ein schwarzes Loch, die bleiben auch nicht bei mir im Büro, sondern die brauchen wir für den Schuldenabbau. Und wenn wir Schulden abbauen, erhöhen wir den Handlungsspielraum für den Kanton, für die vielen Investitionen, die anstehen.

Dann haben Sie die Motion Moesch überwiesen, die vorschlägt, dass man die Überschüsse rückverteilt. Der Regierungsrat hat gesagt, es sei ein sinnvolles Instrument, weil wir dann wirklich nur die Überschüsse anschauen, die übrig bleiben. Wir können dann keine Schulden mehr abbauen, das muss man dann in Kauf nehmen. Aber was Sie mit Steuersenkungen fordern, heisst 150 Millionen weniger im Budget. Also mir ist nicht klar, wie Sie das machen wollen. Das heisst auch weniger Aufwand, das heisst auch Leistungsabbau.

Ich verstehe auch nicht, warum das jetzt kommt. Die Steuersenkungen sind nicht mal durch, sie sind nicht einmal abbildbar in der Rechnung. Es gibt viele Ungewissheiten. Wir haben das Standortpaket in der WAK, das wir für sehr wichtig erachten für unseren Standort, und ich wäre nach wie vor froh, wenn wir das in trockene Tücher bringen, denn sonst können Sie die



ganzen Geschichten mit Rückverteilung und Steuersenkungen sowieso vergessen, weil ein grosser Teil des reichen Kantons Basel-Stadt kommt von unseren Unternehmen.

Ich weiss, Sie haben das gerne, wenn wir mal die erste Stellungnahme machen, aber ich glaube, Sie wissen schon, was da drinstehen wird. Daher bitte ich Sie wirklich, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Ich bitte Sie nicht sehr überraschend, diese Motion nicht zu überweisen und möchte Ihnen kurz ein paar Gründe sagen, warum ich es wirklich für fatal halten würde, wenn wir jetzt diese Motion überweisen würden.

Es wurde vorher von einem Vorredner von der EVP, von Thomas Widmer-Huber gesagt, es gebe ja dann auch ein Referendum, die Bevölkerung bestimme und darum sei eigentlich alles gut. Ja, lieber Kollege, ganz so einfach ist es dann halt doch nicht, wenn wir hier Gesetze beschliessen. Sie haben es in der Motion selber geschrieben, Sie rechnen mit 150 Millionen Franken, die fehlen im Budget. Und um etwas aufzunehmen, was die Regierungsrätin Tanja Soland gerade vorher gesagt hat: Ich bitte Sie schon, die bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen, ein bisschen Ihre Kohärenz zu überprüfen. Im ersten Schritt wollten Sie unbedingt die Überschüsse rückverteilen mit der Motion Moesch, dass die Bevölkerung also von den Überschüssen profitiert. Kaum haben wir die Motion Moesch überbewiesen, stehen Sie wieder hier und wollen die Steuern senken um 150 Millionen Franken, nachdem wir mit dem letzten Steuersenkungspaket den strukturellen Überschuss abgebaut haben. Ja möchten Sie jetzt die Überschüsse rückverteilen oder möchten Sie 150 Millionen Franken weniger beim Kanton haben?

Und dann auch noch weitergehend: Was ist denn am Schluss die Idee dahinter? Jetzt können Sie wieder sagen, das sei ein Schreckensszenario. Das Problem ist einfach, es ist eine Realität überall in Kantonen, wo wir am Schluss diese Steuerpolitik gehabt haben. Die Steuern werden gesenkt, dann fehlen 150 Millionen Franken im Budget, und dann heisst es, irgendwo muss dieses Geld herkommen. Und dann reden wir ganz konkret darüber, wo investieren wir wie viel und auch welche Leistungen gibt es weiterhin noch im Kanton. Abbau oder Investitionsstau? Und dieses Szenario malen Sie jetzt munter nach einer Überweisung der Motion Moesch hier an die Wand. Dann kommt noch gleich die nächste Motion von Luca Urgese, bei der es dann noch darum geht, dass Sie jedes Jahr den Steuereffuss anpassen möchten. Wir können uns ja alle hier im Saal am Ende des Tages konkret vorstellen, um was es geht.

Es ist einfach nicht ehrlich, liebe Kolleginnen und Kollegen der bürgerlichen Ratsseite, es ist einfach nicht ehrlich, hier mit der nächsten Steuersenkung vorbeizukommen und dann noch so zu tun, als würde alles genau gleich weiterlaufen. Dann noch etwas, weil so betont wird, dass es darum geht, Einkommen unterhalb von 100'000 Franken für Alleinstehende und unter 200'000 Franken für alle Steuerzahler zu entlasten. Ich habe es bei der letzten Steuergesetzesrevision gesagt und ich sage es auch jetzt, solange ich es noch tun muss: Die Mitnahmeeffekte für hohe Einkommen sind einfach massiv. Mit der Grenzsteuersatzlogik profitieren hohe Einkommen von diesen Steuersenkungen massiv mehr als tiefe Einkommen. Das können Sie noch so oft hier wiederholen, und Luca Urgese kann noch so oft den Kopf schütteln und mir nachher widersprechen, Sie müssen mir dann halt einfach mal empirisch erklären, warum es nicht so sein soll.

Noch etwas zur OECD-Steuerreform: Sie schreiben jetzt tatsächlich in diesem Vorstoss, wir seien nicht attraktiv mit den Steuersätzen momentan für die Arbeitskräfte, die diese Unternehmen brauchen. Entschuldigen Sie, sagen Sie mir, welche Gemeinden im Kanton Basel-Landschaft, im Einzugsgebiet, konkurrenzfähig sind mit den Steuersätzen für natürliche Personen für diese Top-Arbeitskräfte. Jetzt haben wir beim letzten Steuersenkungspaket genau das aufgenommen. Sie haben gesagt, wir müssen attraktiv sein für diese Top-Arbeitskräfte. Wir sind attraktiv. Wenn ich in all diesen Rechnern, die mir zur Verfügung stehen, den Kanton Basel-Stadt eingebe, dann ist er in der Benchmark immer in den Top 3. Also ich weiss nicht genau, in welcher Dimension wir nicht attraktiv sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darum komme ich leider zum Schluss, dass es wieder einmal um Grundsätzliches geht, nämlich, dass man die Steuern einfach mal senken soll, weil man das ja tun soll, weil es nicht gut ist, wenn der Kanton zu viel Geld hat. Das lese ich heraus. Das finde ich aber ein ziemliches Vabanque-Spiel, wenn wir überlegen, welche Investitionen anstehen und was wir alles schon beschlossen haben an Steuersenkungen. Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Thomas Widmer-Huber an? Sie wird angenommen.



Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Könnte es sein, dass Sie mich falsch verstanden haben oder dass ein Missverständnis vorliegt? Das Referendum habe ich auf die Anpassung des kantonalen Steuerfusses bezogen.

Beda Baumgartner (SP): Ja, aber die Logik ist die gleiche. Wir sollten nicht etwas beschliessen, damit wir dann das Referendum in der Hinterhand haben, sondern wir sollten davon überzeugt sein, dass wir das real beschliessen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat das Wort Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): A propos Realität, Beda Baumgartner: 2019 629, 2020 286, 2021 80, 2022 139, 2023 368. Das sind nicht einmal die Überschüsse des Kantons, das ist die Differenz zwischen Budget und Jahresrechnung in Millionen Franken. Das ist mindestens seit 2007 so. Im Schnitt schneidet die Jahresrechnung über 250 Millionen Franken besser ab als wir budgetieren. Wir haben also einen versteckten strukturellen Überschuss in unseren Kantonsfinanzen, und die Schlussfolgerung ist offensichtlich, der Kanton nimmt mehr Geld ein als er braucht. Und das hat uns bereits einmal dazu bewegt, die Steuern zu senken. Seit Anfang dieses Jahres haben wir jetzt tiefere Steuersätze. Das ist auch richtig so und das war längst überfällig.

Aber wir können jetzt auch das Budget 2025 anschauen und das zeigt, die vergangenen Steuerreformen, die wir gemacht haben, die Steuersenkungen waren ein voller Erfolg. Man sieht darin Gewinnsteuereinnahmen, auch Effekte SV 17 plus 130 Millionen Franken. Effekte bei der Einkommens- und Vermögenssteuer plus 43,1 Millionen Franken. Und dann schauen wir in den Finanzplan bis 2028 plus 340 Millionen Franken zusätzlicher Fiskalertrag gegenüber 2024.

Das ist die Entwicklung, die wir haben in unserem Kanton, und dies ist ja durchaus erfreulich. Darüber können wir uns sehr freuen. Aber trotz Steuersenkungen steigen die Steuereinnahmen in unserem Kanton weiter an. Hohe Überschüsse plus steigende Steuereinnahmen bedeutet, wir haben zu hohe Steuern. Und es ist eine Frage der Gerechtigkeit, die Steuern zu senken und den Menschen mehr von dem Geld zu überlassen, das sie sich hart erarbeitet haben. Wenn der Staat den Menschen mehr Geld wegnimmt als er braucht, dann ist das ungerecht. Und das ist weit weg von Leistungsabbau. Wir schauen uns das Budget 2025 an und stellen fest, der Aufwand steigt um über 500 Millionen Franken. Und das soll es keinen Platz haben für 150 Millionen Franken Steuersteuersenkung?

Und dann zum Thema Rückverteilung, das nicht kohärent sei. Im Gegenteil, das gehört fest zusammen. Das primäre Ziel ist, dass der Überschuss gar nicht erst entsteht, und wenn er dann entsteht, dann soll er an die Bevölkerung zurückverteilt werden. Ich sehe nicht, wo hier die Inkohärenz liegen soll. Aber natürlich ist die Rückverteilung Second Best. Ziel ist die schwarze Null.

Zur Wettbewerbsfähigkeit oder zum Steuervergleich: Man kann die Vergleiche schon so anstellen, dass sie positiv ausfallen. Ja, wir können uns ausschliesslich mit dem Kanton Basel-Landschaft vergleichen. In der Tat haben wir da vorwärts gemacht und können positiv abschneiden. Das ist so. Aber schauen Sie mal in den Kanton Aargau, Sie können nur schon nach Kaiseraugst schauen, da sieht dann die Rechnung schon ein bisschen anders aus. Oder vergleichen Sie uns mit dem Kanton Zug. Wir müssen hier nicht dieses Niveau des Kantons Zug erreichen, aber da zahlen Sie deutlich weniger Steuern, als wir es hier im Kanton Basel-Stadt machen. Es ist legitim, dass wir sagen, als Stadtkantone sind bei uns die Steuern höher als im Kanton Zug. Das ist schon legitim, aber ein bisschen tiefer und ein bisschen attraktiver, das liegt also bei weitem drin.

Natürlich brauchen wir noch Geld für verschiedene Aufgaben, die wir vor uns haben. Als Beispiel wird ja oft der Klimaschutz genannt. Aber sehen Sie sich doch an, was wir im Klimaschutz bereits alles tun, was wir finanzieren. Wir bauen die Stadt für eine halbe Milliarde Franken um und das haben wir alles unterstützt. Das ist finanziert, das machen wir. Wir haben rekordhohe Investitionsausgaben, auch die sind weitestgehend finanziert. Wir können uns das leisten, und trotzdem liegt es drin, dass wir diese Steuern weiterhin senken können. Wie gesagt, es ist eine Frage der Gerechtigkeit. Was wir heute hier haben, sind zu hohe Steuern. Es ist höchste Zeit, dass wir hier noch einen weiteren Schritt machen für das Portemonnaie der Bevölkerung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfragen an? Sie werden angenommen. Zuerst hat Tonja Zürcher das Wort.

Tonja Zürcher (GAB): Da Sie ja sehr sattelfest zu sein scheinen mit den Zahlen, würde mich wundernehmen, wie vielmal in den letzten vier Jahren Sie gesagt haben, dass wir uns etwas nicht leisten sollen, weil es zu viel kostet, beispielsweise wenn es darum geht, die Tarife beim U-Abo nicht weiter erhöhen zu lassen oder wenn es einen Corona-Bonus für das Pflegepersonal gibt, den wir uns offenbar nicht leisten wollen. Wie oft kam das vor?



Luca Urgese (FDP): Mein Argument hier am Rednerpult war das nie, soweit ich mich erinnern kann, ich fand es aus politischen Gründen falsch.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die zweite Zwischenfrage kommt von Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wenn Sie eine schwarze Null wollen, heisst das, dass Sie einverstanden sind mit der Höhe unserer Bruttoschulden und keinen weiteren Abbau möchten?

Luca Urgese (FDP): Ich höre es ja regelmässig, wie Sie uns erzählen, dass die Schuldensituation unseres Kantons hervorragend ist. Wir haben ein AAA, also klar, wenn es zu Überschüssen kommt, sollen Schulden abgebaut werden, auch Bruttoschulden, aber Ziel muss es sein, gar keine Überschüsse zu machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich mache es in Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde kurz. Wir Grünliberalen, in deren Namen ich spreche, können uns voll und ganz den Ausführungen von Luca Urgese anschliessen. Ich spreche gerade auch noch für die nächste Motion aus Effizienzgründen. Darum das geht es jetzt auch im Rest von meinem Votum, um Effizienz. Ich nehme gerne auf, was Beda Baumgartner gesagt hat. Er hat die Frage in den Raum gestellt hat, worum es uns eigentlich geht, ums Prinzip. Ja, es geht uns letztendlich wirklich ums Prinzip. Wir wollen keine unnötigen Überschüsse erzielen und wir glauben wirklich, die Staatsquote soll nicht steigen. Sie soll stabil bleiben, sie sollte tendenziell eher sinken. Es geht um das Prinzip, genau.

Und gleich noch zur nächsten Motion. Ich verstehe, dass es der Regierung unangenehm ist, wenn wir wieder eine Steuersenkung fordern, das schränkt natürlich den Spielraum ein, aber mit der nächsten Motion bringen wir mehr Flexibilität ins System.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zum Motionären Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Ich danke Ihnen herzlich für diese lebhaftige Debatte zu später Stunde. Es ist spät, die Zahlen sind gross, aber trotzdem behält die Mathematik ihre Gültigkeit.

Punkt 1: Ja, wir haben ein Steuerpaket geschnürt, ja wir haben die Steuern bereits einmal reduziert, um ziemlich genau einen Fünftel des Überschusses des Jahres 2023, das heisst vier Fünftel Überschuss haben wir immer noch behalten.

Punkt 2: Geschätzte Frau Regierungsrätin, die 150 Millionen, die wir einsparen wollen bei den Erträgen, haben überhaupt nichts mit den Ausgaben zu tun. Wir müssen die Ausgaben nicht anfassen. Wenn wir Überschüsse machen, die deutlich über 150 Millionen sind, werden wir einfach weniger Überschüsse machen in Zukunft, ohne den geringsten Leistungsabbau, ohne irgendwo die Ausgaben anzufassen. Luca Urgese hat verdankenswerterweise die Zahlen genannt: Im Durchschnitt haben wir 362 Millionen Überschuss, also sprich deutlich mehr als das Doppelte von dem, was wir hier einsparen wollen. Das ist wunderbar für das Eigenkapital. Das ist gut für die Bilanz. Das ist auch gut für das Rating, aber das ist schlecht für die Bürgerinnen und einen Bürger, weil wir und alle Leute, die in Basel wohnen, zahlen dem Staat zu viel Geld, das sie nachher nicht mehr selber für ihre eigenen Bedürfnisse ausgeben können.

Diese Motion bietet eine Lösung an, die austariert ist. Danke an dieser Stelle den fünf Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner, dass sie da mitgearbeitet haben, eine für alle tragfähige Lösung auszutarieren, insbesondere auch eine Lösung, die eben gerade den Mittelstand entlastet. Ich helfe dann gerne auch noch beim Aufzeigen, wie diese Berechnung funktioniert, geschätzter Beda Baumgartner.

Das Budget wurde angesprochen: Minus 25 Millionen im 2025. In den letzten fünf Jahren – die einzelnen Zahlen hat Luca Urgese bereits erwähnt – hat der Kanton 209 Millionen mehr Gewinn gemacht als budgetiert. Und die 209 Millionen trotz Corona, wo erhebliche unbudgetierte Ausgaben angefallen sind, und ohne Berücksichtigung der Sondereffekte, die dann nach obendrauf kommen. Mit den Sondereffekten wären wir bei rund 300 Millionen. Der Kanton verdient viel zu viel Geld,



das er nicht braucht, und genau dieses Geld muss dort bleiben, wo es etwas bewirkt, nämlich bei unseren Einwohnerinnen und Einwohnern.

Zum Thema OECD: Das Standortpaket wird durch Unternehmenssteuern finanziert. Diese Motion hat mit Unternehmenssteuern gar nichts zu tun. Da wird überhaupt nichts berührt und man soll bitte diese zwei Themen auch zu später Stunde nicht vermischen. Was hingegen sehr wohl der Fall ist, das ist, dass die Konkurrenzfähigkeit des Werkplatzes Basel-Stadt profitiert, wenn wir diese Steuern senken, nicht gegenüber Birsfelden und Münchenstein, das ist schon klar, aber gegenüber anderen Standorten, wo internationale Grosskonzerne ihren Sitz haben. Einzelne Kantone wurden schon genannt. Es gibt auch noch andere, und es gibt auch im Ausland steuergünstige Ortschaften.

Nun, falls wir jetzt wider Erwarten völlig neben den Schuhen liegen und wider Erwarten zum ersten Mal in einem Jahrzehnt das Budget doch eintreffen sollte und wider jede statistische Vorstellungskraft plötzlich diese Überschüsse wegfallen, bevor man die Steuern senkt, dann bietet Ihnen die Motion von Luca Urgese, die wir verdankenswerterweise auch noch heute Abend behandeln, die Lösung an. Wenn wir plötzlich ins Defizit fliegen, dann können wir selbstverständlich in Zukunft jährlich die Steuern korrigieren und dann können wir das, was vielleicht falsch gelaufen ist bei dieser Abstimmung korrigieren.

Ich bin überzeugt, wir müssen das nicht korrigieren, denn ich bin überzeugt, dass der Kanton Basel-Stadt weiterhin massive Überschüsse machen wird, wenn wir hier diese Steuersenkungsmotion nicht überweisen. Ich danke Ihnen vielmals für die Unterstützung und ich freue mich auf das Resultat.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004431, 18.09.24 22:49:18]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion ist überwiesen mit 48 Ja-Stimmen gegen 45 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

40. Motion 13 Luca Urgese und Konsorten betreffend Einführung eines jährlichen Grossratsbeschlusses über den kantonalen Einkommenssteuerfuss

[18.09.24 22:49:32, 24.5275.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist auch hier nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte. Beda Baumgartner hat das Wort.

Beda Baumgartner (SP): Das Verhältnis wird wahrscheinlich etwa das gleiche sein, und es ist zehn vor elf. Schön, dass wir das jetzt hier auch noch beschliessen dürfen. Ich kann Ihnen nur sagen, überlegen Sie sich, auch wenn es zehn vor elf ist, überlegen Sie sich gut und ruhig noch einmal, ob Sie das hier beschliessen wollen. Ich weiss schon, welche Intention dahinter ist. Es geht darum, dass wir künftig jedes Jahr dann in diesem Parlament das, was wir sonst in im Rahmen von Motionsdebatten einfach anhand dieser Steuerfussdebatte führen können. Ich finde, es ist völlig der falsche Zeitpunkt, es ist völlig das falsche Instrument. Wir fahren gut mit diesem System, wie wir es momentan im Kanton Basel-Stadt gehabt haben und haben.



Ich würde Ihnen sehr beliebt machen, diese Motion nicht zu überweisen. Ich gehe aber auch nicht davon aus, dass mein Zusatzvotum ihre Stimmung und Ihre Entschlossenheit noch ändern wird. Vielleicht gibt es ja um zehn vor elf noch einen Erweckungsmoment, ob man das wirklich so beschliessen will und soll. Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Fina Girard.

Fina Girard (GAB): Auch nur ganz kurz. Ich wollte eigentlich gleich starten wie Luca Urgese, denn auch uns wundert dieser Überschuss. Aber ich möchte auch kurz sagen, der Kanton ist in einer finanzpolitisch extrem privilegierten Lage. Mit Privilegierten gilt es reflektiert umzugehen. Das haben wir dieses Jahr schon mehrfach von unserem Grossratspräsidenten gehört. Und Sie denken sich ja, jetzt redet sie wieder vom Klima, und ja, das tue ich. Ich möchte Sie hier nicht dazu anhalten, Klimamassnahmen zu entscheiden, sondern sich einfach bewusst zu sein, egal ob Sie hier aufs rote oder auf das grüne Knöpfchen drücken, dass, wenn wir wieder übers Klima sprechen, Klimamassnahmen werden teuer und zwar sowohl wenn wir sie umsetzen als auch wenn wir sie nicht umsetzen. Wer das nicht glauben kann, dem reicht ein Blick nach Osteuropa. Und hier wundert es mich doch, wie die GLP das Grün und das Liberale in ihrem Namen abwägt, wenn sie beim aktuellen Steuersenkungspaket der Bürgerlichen mitspielt.

Und noch ganz kurz: Auch wenn Lorenz Amiet jetzt vorher gesagt hat, dass diese Steuerfusseinführung vor allem dazu dienen soll, dass man wieder nach oben korrigieren kann, machen wir uns nichts vor, hier geht es wieder darum, jährlich darum zu ringen, ob wir weitere Steuersenkungen haben werden im Kanton. Hier schliesse ich mich ganz Beda Baumgartner an. Ich glaube, hier gehen wir den falschen Weg, besonders angesichts all der Herausforderungen, die noch auf uns warten.

Wie gesagt, es wird sich wahrscheinlich nichts mehr gross ändern, aber dennoch, vom JGB und vom GAB wünschen wir uns sehr und bitten Sie, die vorliegende Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich bin auch schon etwas müde. Hier geht es ja eigentlich nicht einmal direkt darum, die Steuern zu senken. Man könnte das ja dann auch umgekehrt machen. Gut, das ist illusorisch. Wir können das prüfen und danach diskutieren in der Stellungnahme, aber ich sage Ihnen schon, das ist dann nochmals ein bürokratischer Aufwand, noch einmal die Diskussion, jedes Jahr, den Steuerfuss eines Kantons anzupassen. Wenn, dann geht's gegen unten oder es geht gar nicht. Basel-Landschaft hat den auch schon lange nicht mehr angepasst, das ist auf Kantonsebene jetzt wohl auch etwas zu aufwendig, vor allem auch bei unserem grossen Budget.

Ich schliesse mich da Beda Baumgartner an, vielleicht gibt es jetzt um sechs vor elf doch noch eine Wende. Ich bitte Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zum Motionären Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Ich gebe es zu, ich habe nicht alle Kantone abgeklappert, aber so weit ersichtlich, haben alle Kantone einen kantonalen Steuerfuss, über den jährlich beschlossen wird. Warum soll das bei uns nicht möglich sein? Ich habe versucht, ein bisschen in die Bücher zu gehen und der Frage auf den Grund zu gehen, warum das bei uns nicht so ist, warum das bei uns gesetzlich festgeschrieben ist. Eine Antwort darauf habe ich ehrlicherweise auch nicht gefunden, und mir erschliesst sich jetzt auch nach dem Votum von Beda Baumgartner nicht, weshalb es ein falsches Instrument sein soll, wenn es 25 andere Kantone durchaus so hinbekommen.

Es ist richtig, es ermöglicht mehr Flexibilität in der jährlichen Planung, und zwar in beide Richtungen. Klar, es ist offensichtlich, in welche Richtung ich mir das wünsche, aber je nach politischer Mehrheit in diesem Gremium ist eine andere Richtung durchaus möglich, und es kommt selbstverständlich auch auf die finanzielle Situation des Kantons an. Es ermöglicht vor allem uns als Parlament eine vollständige Debatte. Was wir Jahr für Jahr führen, ist eine Ausgabendebatte, aber was wir nicht diskutieren im Rahmen der Budgetdebatte ist die andere Seite der Bilanz, wie es mit den Einnahmen aussieht. Und diese Motion und die Einführung dieses jährlichen Grossratsbeschlusses würde es uns eben ermöglichen, diese vollständige Debatte zu führen.



Das würde uns dann auch ermöglichen, darüber zu entscheiden, ob wir uns etwas leisten wollen. Wenn wir uns vielleicht mal etwas nicht leisten könnten, weil die Steuereinnahmen zu knapp sind, aber wir es uns leisten wollen, dann können wir das bewusst entscheiden, wir wollen jetzt diesen Steuerfuss hochsetzen, damit wir uns eben eine Ausgabe leisten können. Andere Städte und Gemeinden haben wir das gemacht, das konnten Sie kürzlich in der Zeitung lesen, eine Gemeinde hat die Steuern erhöht, um ein Schulhaus finanzieren zu können. Natürlich sind bei uns die Dimensionen grösser, das ist klar, aber solche Diskussionen werden dann eben mit einem solchen Instrumente möglich.

Und was mir zum Schluss noch wichtig ist, ist der letzte Satz dieser Motion. Es ist selbstverständlich wichtig, dass wir bei unserem Staatsgefüge die Autonomie der Gemeinden bei der Ausgestaltung dieses Beschlusses mitberücksichtigen, dass wir die Gemeinden hier mit diesem Instrument nicht in finanzielle Schwierigkeiten bringen. Das wird dann bei einer allfälligen Umsetzung zu berücksichtigen sein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 45 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004434, 18.09.24 22:56:57]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion ist überwiesen mit 46 Ja-Stimmen gegen 45 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen. Ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise und gute Erholung.

Schluss der 29. Sitzung

22:57 Uhr